

Redaktion und Verlag,  
Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: K7 Amt Dönhoff 292 bis 297  
Telegraphenadresse: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER VOLKSBLATT



In Groß-Berlin 10 Pf.  
Außwärts..... 15 Pf.  
Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise  
siehe am Schluß des redaktionellen Teils

## Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

# Das Kabinett Otto Braun berät

### Die Konsequenzen des Leipziger Urteils

Ministerpräsident Otto Braun hat für Mittwochvormittag, 10 Uhr, das preussische Staatsministerium zu einer Sitzung im Preussischen Wohlfahrtsministerium einberufen. Gegenstand der Beratung sind: Stellungnahme zum Leipziger Urteil und Feststellung der sich hieraus für das Kabinett ergebenden Konsequenzen.

Der Spruch des Staatsgerichtshofs im Zusammenhang mit seiner Begründung erfordert, daß Konsequenzen gezogen werden — nicht nur äußerlicher und formeller Art, sondern sehr ernster politischer Natur. Die rechtmäßige preussische Staatsregierung hat durch das Urteil Befugnisse zugesprochen erhalten, die bedeutungsvoll sind.

Wir nehmen an, daß die preussische Staatsregierung nichts von diesen Befugnissen irgendwie aufgeben, daß sie vielmehr in vollem Umfange davon Gebrauch machen wird!

Die Regierung Papen hat eine schwere Niederlage erlitten. Die Diffamierung der preussischen Staatsminister, und vor allem unserer Genossen Braun und Severing ist zusammengebrochen. Die Grundlage für den Gewaltakt vom 20. Juli ist schwer erschüttert. Daraus müssen Konsequenzen gezogen werden.

Die Reichsregierung ist verpflichtet, für die Aufhebung der Verordnung vom 20. Juli zu sorgen, soweit sie sich auf Art. 48 Abs. 1 stützt!

Die Methode, durch Beamtenausfagen Material gegen die rechtmäßige Staatsregierung zu beschaffen, hat in der Urteilsbegründung eine schwere moralische Verurteilung erfahren. Der Zwang zur Aufhebung der Verordnung nach Art. 48 Abs. 1 ist eine Strafe für die, die diese Ausfagen hervorgerufen und benutzt, eine Warnung für die, die sie erstattet haben.

Die rechtmäßige preussische Staatsregierung besitzt allein das Recht der Vertretung Preußens im Reichsrat. Selbstverständlich wird sie davon Gebrauch machen. Daraus entstehen Konsequenzen.

Die weitreichenden Pläne zur reaktionären Verfassungsänderung können nicht über den Kopf Preußens hinweg verwirklicht werden. Alle Spekulationen über den Weg durch den Reichsrat sind zerstört. Die Zusammenlegung preussischer Ministerien mit Reichsministerien ist nur möglich auf dem Wege des Staatsvertrags mit der jeweiligen rechtmäßigen Regierung. Das ist nicht Herr Papen und Herr Bracht — heute aber Braun-Severing-Hirtliefer!

Allein die rechtmäßige Staatsregierung hat das Recht der Vertretung des Landes Preußen nach innen und nach außen, sie allein kann Staatsverträge schließen. Auch das hat seine Konsequenzen, und zwar rückwirkender Art! Zum Geschäft mit der Preußentasse fehlte den Kommissaren die Aktiolegitimation.

Die Uebertragung der Preußentasse auf das Reich ist also nichtig!

Die Ernennung der kommissarisch beauftragten Staatssekretäre zu Ministern muß natürlich rückgängig gemacht werden, ebenso die Ernennung des Herrn Robis zum bevollmächtigten Reichsratsvertreter.

Das sind Konsequenzen, die im ersten Augenblick sichtbar werden. Wir nehmen an, daß die rechtmäßige Staatsregierung auch auf alle

äußeren Formen Anspruch erheben wird, die sich daraus ergeben, daß sie nach wie vor rechtmäßige Regierung ist und das Land repräsentiert.

Die Regierung Papen und ihre Kommissare

müssen herabsteigen von dem hohen Pferde, auf das sie sich gesetzt haben, und sie werden in weitestmöglichen Punkten mit der rechtmäßigen preussischen Staatsregierung sich zu höflichen und sachlichen Verhandlungen bequemen müssen.

## Erklärung der Staatsregierung

Von Seiten der preussischen Staatsminister wird zur Entscheidung des Staatsgerichtshofes folgendes mitgeteilt:

Die Erklärung der Reichsregierung, daß die Verordnung vom 20. Juli in vollem Umfange durch das Urteil bestätigt werde, entspricht in mehrfacher Beziehung nicht den Tatsachen. Sie ist offenbar vor genauer Kenntnis des vollen Inhalts der Entscheidung und ihrer Begründung abgegeben worden.

Der Staatsgerichtshof stellt zunächst fest, daß die Verordnung nicht auf den Artikel 48 Absatz 1 der Reichsverfassung gestützt werden konnte. Er stellt fest, daß das Land Preußen keine Pflichten gegen das Reich nicht verletzt hat und daß daher eine Reichsregulation gegen Preußen nicht zulässig war.

Damit hat der Staatsgerichtshof in dem Punkte, den Preußen von vornherein als den wichtigsten Punkt seiner Klage bezeichnet hat, voll und ohne Einschränkung Preußen Recht gegeben.

Der Staatsgerichtshof stellt ferner fest, daß die Verordnung den Reichskommissar zur endgültigen Abfertigung der preussischen Staatsminister ermächtigen wollte, daß der Reichskommissar auch anfangs eine endgültige Abfertigung beabsichtigt hat, daß aber weder eine solche endgültige noch auch nur eine vorübergehende Abfertigung der Staatsminister zulässig war.

Der Staatsgerichtshof stellt weiter fest, daß in keinem Augenblick der Reichskommissar zur Landesregierung geworden ist, obwohl er sich ständig so bezeichnet hat, daß vielmehr Landesregierung nur die geschäftsführenden Staatsminister waren und sind. Er stellt fest, daß der Reichskommissar zwar vorübergehend Zuständigkeiten des Landes auf das Reich übernehmen konnte, aber keineswegs alle Zuständigkeiten.

Der Staatsgerichtshof stellt insbesondere fest, daß nicht der Reichskommissar, sondern nur die Landesregierung, d. h. die Staatsminister und ihre Bevollmächtigten, das Land Preußen im Reichsrat, Reichstag, im Landtag und im Staatsrat zu vertreten haben und daß sie allein zur Vertretung Preußens gegenüber dem Reich und gegenüber den anderen deutschen Ländern befugt sind.

Aus alledem ergibt sich, daß durch die Entscheidung des Staatsgerichtshofes die Verordnung vom 20. Juli nicht etwa in vollem Umfange bestätigt, sondern sowohl in ihrer rechtlichen Grundlage wie in der von ihr ausgesprochenen Ermächtigung wesentlich eingeschränkt wird.

Die preussischen Staatsminister werden in Ruhe prüfen, welche Folgen sich aus der Entscheidung des Staatsgerichtshofes ergeben und sich bei ihren weiteren Schritten von strengster Sachlichkeit leiten lassen.

## Auf in die Tennishallen!

### Die Sozialdemokratie im Kampf gegen die Reaktion

Die Berliner Sozialdemokratie führt den Kampf gegen die soziale und politische Reaktion. Sie verteidigt die Freiheit und das Recht des Volkes, unbeeinträchtigt durch den wütenden Ansturm der Reaktionäre aller Schattierungen.

Sie ruft die Berliner Arbeiterschaft auf zum geschlossenen Einsatz gegen alle volksfeindlichen Anschläge.

Die restaurationsklüsternden Feinde des Volksstaats schmieden Pläne gegen die Republik und die demokratische Verfassung. Sie mögen sich nicht täuschen über den Kampfwillen und die Kraft der Arbeiterschaft! Sie haben eben erst erfahren, daß die Arbeiterschaft versteht, sich zur Wehr zu setzen, als sie mit neuem brutalen Lohndruck bedroht wurde. Sie werden auf Granit heißen, wenn sie glauben, daß Deutschland reif wäre für einen Wilhelm III.

Die Berliner Sozialdemokratie wird am Donnerstag in einer wichtigen Kundgebung in den Tennishallen ihre Kraft und ihre Kampfschlossenheit demonstrieren. Sie ruft zum Wahlkampf, sie ruft auf zur Schließung der Front gegen die Reaktion.

Mit vollem Bedacht hat die Berliner Sozialdemokratie diese Kundgebung in den Berliner Westen gelegt. Dort sind die Barocke, in denen die Ewig-Strömigen woh-

nen, dort sitzen die Herrschaften, die ihren Wilhelm wieder haben wollen. Dort ist der Sitz der Reaktion in Berlin, die Hochburg der Papen-Anbeter und der Hitler-Bläubigen. Sie sollen die Stärke der Berliner Arbeiterschaft erkennen.

Es gilt, den Freiheitskampf der Arbeiterschaft in den Westen zu tragen. Die Stimme der Arbeiterschaft läßt sich nicht unterdrücken, sie erhebt sich laut und vernehmlich gegen alle volksfeindlichen Pläne!

Auf zur Wahlkundgebung in den Tennishallen! Keiner darf morgen fehlen! Wir werben für die Sozialdemokratie, für Liste 2! Wir werden zum Kampf gegen die Reaktion!

HERAUS ZUR GROSSEN

# Wähler-Kundgebung!

Am Donnerstag, dem 27. Oktober, 20 Uhr,

in den Tennishallen, Wilmersdorf, Brandenburgische Str. 53.  
Redner: Polizeipräsident a. D. ALBERT GRZESINSKI,  
EMIL GROSS von der Sozialistischen Studentenschaft.

Eintrittspreis 30 Pf. Für Erwerbslose gegen Vorzeigung der Stempelkarte 10 Pf. — Die Sozialistischen Jugendverbände treffen sich um 19 Uhr an der rechten Seite im Gang hinter der Galerie.

Fahnen sind mitzubringen!

fellung zwischen der ausdrücklich als verfassungsmäßig bestehend anerkannten Regierung Braun-Severing und dem Reichskommissar Blag gegriffen hat. Aber trotz diesem inneren Widerspruch, an dem die Entscheidung krankt, ist es unverkennbar, daß sie sich in allem Wesentlichen gegen diejenigen richtet, die den Hurenritt gegen Preußen unternommen haben.

Wer die Siegesfanfare der Papenheimer richtig würdigen will, der muß sich an den Wortlaut der Verordnung vom 20. Juli erinnern. Da wurde auf Grund des Artikels 48 Abs. 1 und 2 ein Reichskommissar bestellt, der ermächtigt war, die Mitglieder des preußischen Staatsministeriums ihres Amtes zu entheben, selbst die Dienstgeschäfte des preußischen Ministerpräsidenten zu übernehmen und andere Personen als Kommissare des Reichs mit der Führung der preußischen Ministerien zu betrauen. Dem Reichskanzler als Reichskommissar stehen alle Befugnisse des preußischen Ministerpräsidenten, den von ihm mit der Führung der Ministerien betrauten Personen innerhalb ihres Geschäftsbereichs alle Befugnisse der preußischen Staatsminister zu.

Zunächst schlägt der Staatsgerichtshof den Urheber der Verordnung die Berufung auf den Art. 1 des Art. 48 aus der Hand, wonach der Reichspräsident einschreiten kann, wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung und den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt. Preußen kann keine Pflichtverletzung nachgewiesen werden, und von allem anderen abgesehen werden die Vorwürfe, die man wegen seines öffentlichen Auftretens gegen Severing erhoben hat, als unberechtigt zurückgewiesen.

Das Urteil erklärt des weiteren die Ermächtigung zur Amtsenthebung der Minister für ungültig. An die Stelle der verfassungsmäßigen Landesregierung kann auch vorübergehend kein anderes Organ gesetzt werden, und die Übertragung von Zuständigkeiten auf ein Reichsorgan findet ihre Grenze in der Notwendigkeit, der Landesregierung die Befugnisse zu erhalten, die zur Aufrechterhaltung der Selbstständigkeit des Landes und seiner Stellung im Reich unentbehrlich sind. Gewiß, an diesem Punkt stoßen wir auf die gewagte Konstruktion, nach der eine Regierung zwar in ihren Rechten gegenüber dem Reich selbständig bleibt, aber innerstaatliche Befugnisse dem Reichskommissar überlassen soll. Indessen verrät es ein außerordentliches Maß von Bescheidenheit, wenn das Kabinett Papen dieses, wie gesagt, aus politischen Gründen gemachte Zugeständnis an einen Triumph seiner Sache und eine Rechtfertigung seiner Verordnung verkündet.

Nein, alle Deutungs- und Verdrehungsversuche können über das schwere Fiasko der gegen Preußen und gegen die Demokratie gerichteten Aktion nicht hinwegtäuschen und wenn die, die mit tausend Waffen in den Ozean reaktionärer Politik hinausgeschifft, auch nicht wie der Schillerische Jüngling still auf gerettetem Kiel zurückkehren — ihr Schiffbruch steht fest.

Und wie wird es nun weiter werden? Die preußische Staatsregierung wird am Mittwoch zur Lage Stellung nehmen. Was wird die Reichsregierung tun? Wird sie sich darauf beschränken, das vernichtende Urteil zur Kenntnis zu nehmen? Es ist außerhalb des Bereichs absolutistischer Staatswesen kaum ein Land denkbar, in dem ein Kabinett nach einer solchen Niederlage im Amt bleiben könnte. Aber das will leider nicht sagen, daß wir damit rechnen, Herr von Papen werde den Schrittmann, der allein der Würde seines Amtes und der des Deutschen Reiches entspreche. Wir geben uns nun der Hoffnung hin, daß er sich von dem Schlag, der ihn jetzt getroffen hat, so leicht nicht wieder erholen wird. Die verfassungstreuen Kreise des deutschen Volkes haben ihr Urteil über den gegenwärtigen Reichskanzler bereits vor der Verkündung des Leipziger Votums gesprochen, und die, die den Feldzug gegen die Demokratie zu führen bereit sind, werden sich jetzt zum mindesten fragen, ob es sich empfiehlt, das Unternehmen unter Führung eines Herrn von Papen zu wagen!

# Verblüffung bei den Papenfreunden

## Man hetzt zum Staatsstreich

Der Spruch des Staatsgerichtshofs hat bei der Rechtspresse peinliche Beklemmung ausgelöst. Allein die Hugenbergsche „Nachtausgabe“ magt es, mit einer triumphierenden Schlagzeile zu erscheinen, aber auch sie bezeichnet im Text das Urteil als „Kompromiß“. Als Gradmesser für die Stimmung der nicht auf den Straßenhandel eingestellten Rechtspresse zitiieren wir nachstehende Ueberschriften aus Rechtsblättern:

- „Deutsche Zeitung“:  
Folgeschweres Urteil in Leipzig.
- „Deutsche Allgemeine Zeitung“:  
Zweispaltiges Urteil.
- „Kreuz-Zeitung“:  
Eine unmögliche Entscheidung.
- „Kokal-Anzeiger“:  
Sonderbares Kompromiß.
- „Berliner Börsen-Zeitung“:  
Widerspruchsvolles Urteil.

Der nationalsozialistische „Angriff“ überschreibt sogar: „Niederlage Papens.“ Bei dieser Ueberschrift hat allerdings die Schadenfreude der Konkurrenz Pate gestanden.

Die mehr oder weniger hinter Papen stehenden Blätter machen sich sehr ernste und große Sorgen, was nun geschehen soll. Ihr Bestreben geht zunächst dahin, den durch den Spruch des Staatsgerichtshofs rechtens gewordenen Zustand als unhaltbar hinzustellen.

### Berliner Börsen-Zeitung:

„Will man diese theoretische Entscheidung des Staatsgerichtshofs in die rauhe Praxis umsetzen, so würde ein Zustand geschaffen, der sich zwischen den Extremen von Komik und Chaos bewegt.“

### Kreuz-Zeitung:

„Wenn es noch des Beweises bedurft hätte, daß die Einschaltung juristischer Instanzen in die lebendige politische Entwicklung zu staatsrechtlichen und politischen Ungeheuerlichkeiten führt, dann ist dieser Beweis durch das Leipziger Urteil des Staatsgerichtshofs erbracht worden. In ihm hat das formaljuristische

Denken einen Triumph über die Uebersetzungen der primitivsten politischen Vernunft gefeiert.“

### Deutsche Allgemeine Zeitung:

„Wenn jetzt die alten preußischen Minister wieder ihre Plätze im Reichsrat einnehmen, so entsteht die Gefahr, daß die Politik der Reichsregierung an einer sehr verwundbaren Stelle schwer bebrängt wird. Auch sonst eröffnen sich höchst unerfreuliche Perspektiven... Schon der Versuch der alten preußischen Minister, in ihre alten Amtsräume zurückzukehren, wird voraussichtlich Komplikationen nach sich ziehen... Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß durch das Leipziger Urteil eine außerordentliche Verwirrung und Beunruhigung hervorgerufen worden ist.“

### Kokal-Anzeiger:

„Nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofs soll also theoretisch ein staatslich unmöglicher Zustand rechtens sein... Man könnte die Beispiele häufen. Das ist überflüssig, da die Unmöglichkeit — die staatliche Unmöglichkeit, nicht die juristische Freiheit — dieser Konstruktion ohnehin auf der Hand liegt.“

Die Folgerung, die von der Papenpresse aus der angeblichen Unmöglichkeit des Zustands abgeleitet wird, daß der Staatsgerichtshof die Regierung Braun noch wie vor als die rechtmäßige Preußenregierung erklärt hat, während andererseits der Staatskommissar weiter amtiert, liegt bei der Denkart dieser Leute auf der Hand: die Regierung Papen wird von ihrer Presse zum offenen Staatsstreich gegen das Leipziger Urteil aufgefordert. Vorsichtig tarnt die „D.A.Z.“ die Forderung:

„In politischen Kreisen erwartet man für die aller nächste Zeit eine Notverordnung über die Klärung der vom Staatsgerichtshof offengelassenen staatsrechtlichen Fragen.“

Wiel deutlicher wird die „Deutsche Zeitung“. Sie beklagt, daß die Reichsregierung durch die Anerkennung des Staatsgerichtshofs das

„Recht der Diktatur“ preisgegeben habe. Sie plädiert für ein „politisches Notstandsrecht“, das der Reichsregierung über alle Verfassungshindernisse hinweghelfen soll:

„Das Notstandsrecht läßt sich nicht auf Eis legen. Die Regierung Papen hat viel veräumt. Jetzt oder nie wird sie zeigen müssen, ob sie fähig ist, den Gedanken der sozial zitierten autoritären Staatsführung in die Tat umzusetzen oder nicht. Es handelt sich nicht um den Staatsgerichtshof und sein Urteil, sondern es geht heute um den neuen Notstand, der durch das Urteil des Staatsgerichtshofs geschaffen ist: Zwei Regierungen in Preußen, von denen eine oben drein noch gegen die Reichsregierung steht, das ist ein Notstand. Dieser Notstand kann nur durch politische Entschlüsse behoben werden.“

In das gleiche Horn stößt die „Kreuz-Zeitung“, indem sie die Frage aufwirft:

„ob an dem Widersinn der Weimarer Verfassung schließlich noch das ganze Reich zugrunde gehen soll... Dieses Problem ist so schwerwiegend, daß die Reichsregierung jetzt vor die allerernsten Entscheidungen gestellt wird.“

So ist man hier munter dabei, die Reichsregierung zum Rechts- und Verfassungsbruch anzu-spornen. — Ganz im Gegensatz zu diesen Stimmen sieht die Zeitung „Der Deutsche“ die Lösung des Problems in ganz anderer Richtung. Sie schreibt, nachdem sie festgestellt hat, daß der Reichspräsident nach diesem Urteil nicht das Recht hat, die preußische Regierung abzusetzen und an ihrer Stelle diktatorisch zu regieren:

„Die Amtsenthebung kann nur vorübergehend sein. Der Preussische Landtag hat das Recht, eine neue Regierung zu bilden... Es liegt beim Preussischen Landtag, bei den Parteien, dem jetzigen Zustand ein Ende zu machen und in Preußen die normalen Zustände wieder herzustellen.“

Womit offensichtlich die Bildung einer Nazi-Zentrumskoalition in Preußen gemeint ist.

# Einigung in Paris

## Der Konflikt überwunden

### Eigener Bericht des „Vorwärts“

Paris, 25. Oktober.

Die Studentenkommision des Obersten Landesverteidigungsrates hat in einer Nachsitzung bis ein Uhr morgens den französischen Abrüstungsplan in seinen Grundzügen fertiggestellt. Am Freitag wird der Oberste Landesverteidigungsrat, dessen Vorsitzender der Präsident der Republik ist, unterrichtet und schließlich der Ministerrat. Außenminister Painlevé sprach nach Beendigung der Sitzung einem Vertreter des „Echo de Paris“ gegenüber seine Befriedigung über das Zustandekommen der Einigung aus und erklärte, daß die Gerüchte von einem scharfen Konflikt zwischen der Regierung und General Weygand übertrieben gemessen seien. Es habe natürlich Meinungsverschiedenheiten gegeben, aber das sei durchaus normal. Herriot gab zu verstehen, daß wegen dieser Gerüchte die Studentenkommision etwas schneller arbeiten müssen, nach seiner Ansicht wäre ein langsames Arbeiten vorzuziehen gewesen. Die Hauptsache sei jedoch, daß eine Einigung erzielt und das Ergebnis der Arbeiten befriedigend sei.

Der Plan wird Anfang November in Genf veröffentlicht werden. Man wird dann sehen, ob er nach dem Willen der Generäle gestaltet oder — zur Förderung der Abrüstung geeignet ist. Unabhängig davon bleibt bestehen, daß in der französischen Demokratie die Militärs ebenso wie jeder andere unter dem Gesetz stehen und den gesetzmäßigen Anordnungen der verfassungsmäßigen, vom Parlament gehaltenen Regierung zu folgen haben.

### Außenpolitische Debatte vertagt

#### Eigener Bericht des „Vorwärts“

Paris, 25. Oktober.

Kammer und Senat traten am Dienstag nachmittag zu ihrer Herbsttagung zusammen. In der Kammer waren sowohl die Abgeordneten-

bänke als auch die Tribünen in Erwartung der angekündigten Interpellationsdebatte über die Außenpolitik stark besetzt. Aber wie häufig im französischen Parlament, kamen die Dinge anders, als man sie sich vorgestellt hatte. Die Kammer beschloß nämlich mit 500 gegen 78 Stimmen, an Stelle der Interpellationen über die Außenpolitik diejenigen über die Kollage der Landwirtschaft zu diskutieren.

Der Grund für diese Programmänderung liegt darin, daß die Regierung eine Debatte über die Kriegsschuldenszahlungen, die der Nationalist Marin angekündigt hatte, vor der Präsidentenwahl in Amerika vermeiden will, um sich nicht ihre Handlungsfreiheit bei den späteren Bepflegungen mit der Washingtoner Regierung einschränken zu lassen. Die Regierung

verriet aber diese Absicht nicht. Herriot erklärte, als der Kammerpräsident nach der Verlesung der Interpellationen fragte, welche Reihenfolge die Regierung vorschlägt, daß er dem Auswärtigen Ausschuss vorschlägt, habe sofort nach Wiedereröffnung des Parlaments in eine Debatte über die Außenpolitik einzuwilligen. Er halte an diesem Versprechen fest, aber wenn die Kammer infolge der letzten Ereignisse auf den Getreidemärkten es für nötig halten sollte, zunächst die Interpellationen über die Landwirtschaft zu besprechen, werde die Regierung nicht dagegen einzuwenden haben. Ein radikaler Abgeordneter beantragte darauf, zuerst die Interpellationen über die Landwirtschaft zu erörtern. Trotz aller Bemühungen von Marin, Franklin-Bouillon und eines Kommunisten, die eine außenpolitische Debatte vor dem Wiederbeginn der Arbeiten der Abrüstungskonferenz forderten, beschloß die Kammer, zuerst die Interpellationen über die Landwirtschaft zu besprechen.

Der Senat vertagte sich nach einer kurzen Debatte über sein Arbeitsprogramm bis zum 8. November.

## Nazi steht rechts!

### Widerlegter kommunistischer Schwindel

Tag für Tag überschwemmt die kommunistische Presse ihre Leserschaft mit Latarennachrichten und Gerüchten, wonach bald die Sozialdemokratie, bald die freien Gewerkschaften in geheimen Verhandlungen mit der Reichsregierung, sei es mit Hitler, sei es mit Papen, ständen. Wir stellen dem einige Ausführungen des Hugenbergschen „Kokal-Anzeiger“ gegenüber, der am Dienstag schreibt:

Die Sozialdemokraten sorgen dankenswerterweise dafür, daß die wibernaturliche Lösung vom Feind, der rechts steht, prompt ad absurdum geführt wird, wann und wo immer sie von einer sich überschlagenden rechtsradikalen Agitation ausgehen wird. Sie sorgen aber auch dafür, daß selbst die häßliche Umdeutung der Möglichkeit einer Dauerbindung zwischen Nationalsozialisten und Freien Gewerkschaften zum Zweck sozialen Zusammenwirkens durch den Abgeordneten Straker nur groben Keulenschlägen und unmißverständlichster grundsätzlicher Ablehnung begegnet.

Das Organ Hugenbergs zieht aus dieser schroffen Ablehnung die Konsequenz, daß die Nationalsozialistische Partei ihren Anschluß nur nach rechts finden könne:

Herr Straker hat in seiner Sportpalast-Rede beides geprüft, die Möglichkeit sozialer Verständigung mit Leipzig und mit Hugenberg. Der Versuch einer sozialen Fühlungnahme nach der Linken, zu Herrn Leipzig hin ist mit Hohn abgegan. Bleibt der Versuch nach rechts, nach Herrn Hugenberg hin. Von dieser Seite hat — trotz der unnatürlichen Frontnahme des Nationalsozialismus in diesem

Wahlkampf — niemand Herrn Strakers Feststellungen weitgehender Gedankengemeinschaft auch in sozialen Dingen widersprochen. Im Gegenteil. In nationalen Dingen versteht diese Gemeinschaft sich ja von selbst.

Wir sind in der seltenen Lage, dem „Kokal-Anzeiger“ reiflos zuzustimmen. Nationalsozialismus und Deutschnationale gehören innerlich zusammen, während sich Nationalsozialismus und Sozialdemokratie unversöhnlich wie Wasser und Feuer gegenüberstehen. Wir haben den jetzigen Streit zwischen Hugenberg und Hitler auch niemals anders bewertet als den Streit zweier Konkurrenten um die Beteiligungsquote im künftigen Regierungskonzern, dessen Konturen trotz aller Wahlnebel heute bereits zu erkennen sind.

## Die Nazi-Terroristen

### Eigener Bericht des „Vorwärts“

Breslau, 25. Oktober.

In Zusammenhang mit den in den letzten Tagen erfolgten Verhaftungen zahlreicher Naziführer aus der Umgegend von Görlitz ist jetzt im Breslauer Bezirk der Nazi-Standardenführer Rauscher festgenommen worden. Ferner erfolgte dieser Tage die Verhaftung des SA-„Hauptmanns“ Staats.

Als erster Prozeß gegen die schlesischen Hakenkreuzterroristen beginnt am Freitag vor dem Schweidniger Sondergericht die Verhandlung gegen den Nationalsozialisten Wagner, der an dem Anschlag gegen den sozialdemokratischen Schriftsteller Baechle in Langenbielau beteiligt war,

Schafft Munition für den Wahlkampf

Unterstützt den Kampf für Freiheit und Brot

Freiwillige Spenden auf Postscheckkonto 14157 (Adolf Holz)

# Staatsrecht im Urteil

Eine juristische Kritik des Leipziger Urteils

Das Staatsgerichtshofsurteil zerfällt, wenn man einmal von den prozeduralen Fragen abseht, in zwei völlig getrennte Teile.

1. Die Verneinung der Voraussetzung des Art. 48 Abs. 1. Mit erfreulicher Klarheit ist hier gegenüber allen Versuchen, die Anwendungsbedingungen dieser Bestimmung als reine Ermessensfrage hinzustellen, klargestellt worden: die Frage, ob ein Land seine Pflichten gegen das Reich nicht erfüllt hat, ist eine Rechtsfrage und als solche vom Staatsgerichtshof nachzuprüfen. Da der Staatsgerichtshof auf Grund eingehender Prüfung zu dem Ergebnis kam, daß der preussische Regierung keine Verletzung vorliegen konnte, so ist die Frage der vorgängigen Notwendigkeit einer Mängelrüge — eine ebenfalls für die Regierung von Papen sehr heikle Angelegenheit — dahingestellt bleiben lassen.

So erfreulich klar dieser erste Teil der Urteilsbegründung ist, so im sich widerspruchsvoll ist leider der zweite Teil, der sich mit den Voraussetzungen des berühmten Art. 48 Abs. 2 befaßt. Auf die Frage des Verhältnisses von Abs. 1 zu Abs. 2 ist der Gerichtshof überhaupt nicht eingegangen. Er hat somit die Frage, ob nicht die ausdrückliche Verneinung von Pflichtverletzungen von entscheidender Bedeutung für das Vorliegen der Störung von Sicherheit und Ordnung ist, überhaupt nicht behandelt.

Statt dessen war er offensichtlich bemüht, jede materielle Nachprüfung sowohl der Voraussetzungen der Anwendbarkeit des Art. 48 Abs. 2 als auch den Inhalt der auf Grund dieser Bestimmung getroffenen Maßnahmen geradezu ängstlich zu vermeiden, um so die präsidentielle Praxis des Art. 48 Abs. 2 in keiner Weise zu präjudizieren.

Nur so ist die Feststellung zu verstehen, daß zu der Frage der Nachprüfung der Voraussetzung des Art. 48 Abs. 2 deshalb keine Stellung genommen zu werden braucht, weil die Tatsache der schweren Störung von Ruhe und Ordnung am 20. Juli offensichtlich war. Nur aus der Tatsache, daß die Frage des Verhältnisses von Abs. 1 und 2 überhaupt nicht erörtert worden ist, läßt sich erklären, daß der Punkt — ob nicht die Gefahrenlage durch die Maßnahme der Reichsregierung selbst erzeugt worden ist — ausdrücklich als unwesentlich angesehen wurde. Eine schwere juristische Unterlassungsfünde, die zu der Ansicht verleiten muß, daß Treu und Glauben nur zugunsten, nicht aber zugunsten der mächtigeren Partei zur Anwendung zu kommen hat!

Endlich aber die Bedenklüche aller Rechtskonstruktionen, die zur Rechtfertigung dafür angewendet wurde, daß der Reichspräsident nicht nur die polizeilichen, sondern alle staatlichen Machtmittel Preußens an das Reich übertragen konnte. Der Staatsgerichtshof gebraucht hier, um nicht prüfen zu müssen, welcher Anlaß zur Übernahme der einzelnen Ministerien vorhanden war, einen seltsamen Ausweg. Er prüft lediglich nach, ob unter den konkreten Umständen der Reichspräsident innerhalb seines pflichtgemäßen Ermessens handelt, wenn er den Reichskommissar ermächtigt, die Vereinheitlichung der staatlichen Machtmittel vorzunehmen.

Mit der Feststellung, daß in der reinen Ermächtigung keine Ermessensüberschreitung zu finden ist, hält er seine Aufgabe in diesem Punkt für beendet und sagt ausdrücklich, daß die Frage, ob der Reichskommissar bei seiner Verteilung der einzelnen preussischen Minister sachgemäß verfahren ist, den Staatsgerichtshof nichts angehe, da der Reichskommissar hier nur dem Reichspräsidenten verantwortlich ist.

Es wird hier also wieder die Frage der Zulässigkeit der Ermessensnachprüfung schlechtweg verneint. Sie wird aber natürlich auch nicht bejaht, sondern der Staatsgerichtshof schließt lediglich die Verantwortlichkeit vom Gerichtshof an den Reichspräsidenten ab.

Indem Preußen so tatsächlich seiner Machtmittel beraubt wird, ohne daß eigentlich eine Entscheidung darüber gefällt wird, ob dafür ein hinreichender Grund besteht, wird die Repräsentation des Landes der alten Staatsregierung zugewiesen, ohne daß ersichtlich wäre, wie diese unmögliche Spaltung der Staatsgewalt staatsrechtlich im vollen Umfang durchgeführt werden soll. Hier rächt sich die Beschränkung der Nachprüfung, die dazu geführt hat, daß der geschäftsmäßigen Regierung keinerlei Arbeitsgebiet mehr zufällt.

Zwar wird der rechtmäßigen Regierung die Vertretung im Landtag zugestanden, was aber im Effekt nur dazu führen wird, daß dem Landtag gegenüber jegliche Verantwortlichkeit ausgeschlossen ist. Die nichtgeschäftsführende Regierung ist verantwortlich, der geschäftsführenden Erlahregierung wird damit aber ihre Unverantwortlichkeit bescheinigt. Wie unter diesen Umständen die Preußenregierung die ihr ebenfalls zugesprochene Vertretung im Reichsrat durchführen soll, ist schwer ersichtlich. Zumal der Staatsgerichtshof ohne weiteren Grund noch ein neues Damoklesschwert über die Preußenregierung aufhängt. Denn er weist Herrn von Papen vorfolgend darauf hin, daß ein an und für sich möglicher Widerspruch, den sich die Preußenregierung im Reichsrat gegen das Reich erlaubt, eine dem Art. 48 Abs. 1 widersprechende Geschäfts-

führung mithin als Pflichtverletzung angesehen werden kann.

Klarestellt ist lediglich, daß die kalte Reform über den Reichsrat wohl nicht mehr erfolgen kann, und weiterhin steht auch fest, daß Herr von Papen die preussischen Minister nicht mehr hindern kann, sich im Reichsrat zu betätigen. Der Satz der mündlichen Urteilsbegründung, der die Beamtenstellungs- und Entlassungsfragen betrifft, ist zu unklar, als daß daraus etwas Endgültiges entnommen werden könnte. Von Belang scheint noch, daß die im Reichstag erörterte Frage, ob durch Notverordnung Ansetzungen aufgenommen werden können, vom Staatsgerichtshof für Preußen jedenfalls verneint worden ist. Im ganzen — auch juristisch gesehen — ein unbefriedigendes Urteil, das noch zu viel unbefriedigenderen Folgen führen wird.

Otto Kirchheimer.

## Severing über das Urteil

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Braunschweig, 25. Oktober.

Der größte Saal Braunschweigs, die Stadthalle, konnte heute abend nicht die Massen der Eisernen Front fassen, die zur Severing-Rundgebung aufmarschiert waren. Genosse Severing, von den rund 10 000 Männern und Frauen stürmisch begrüßt, wandte sich zunächst aufs Schärffste gegen den Kurs des Herrn v. Papen. Wenn dieser Reichskanzler glaubt, allein mit dem Reichspräsidenten die Dinge in Deutschland zu meistern, so sei ihm zugerufen:

Das Volk ist auch noch da, es läßt sich nicht ausschalten! (Stürmische Zustimmung.) Das Volk will keine Präsidialkabinette, sondern politisches Recht, wie es in der Verfassung verankert ist.

Nach einer scharfen Abrechnung mit der Demagogie sowohl der Nazis wie der Kommunisten erklärte Genosse Severing zu dem Leipziger Urteil folgendes:

Die Reichsregierung hatte damit gerechnet, daß sie durch ihre Staatskommissare in Preußen die preussischen Reichsratsstimmen instruieren darf. Das ist ihr durch das Leipziger Urteil unter sagt worden. Wenn heute in einem offiziellen Kommentar der Reichsregierung behauptet wird, daß diese Entscheidung den Erwartungen entspräche, so stimmt das nicht. Bereits bei den ersten Auseinandersetzungen mit den Herren von Papen und von Gahl über die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen habe ich darauf hingewiesen, daß der Wortlaut der Amtsenthebung mit den Artikeln 17 und 63 der Reichsverfassung nicht vereinbar sei. Das ist heute bestätigt worden.

Beide Herren haben sich damals ausgesprochen. Wenn sie jetzt hinterher erklären, so weil sei die Amtsenthebung nicht gedacht, so haben sie nachträglich die Kenntnis von ihren Rechtsberatern gewonnen."

Severing erhielt stürmische Ovationen.

# Liebesgaben und Reichsfinanzen

Eine schlechte Halbjahresbilanz — Großes Reichsdefizit

Die erste Tat des Papen-Kabinetts war, den früheren Regierungen die Schuld an einer Zerstückelung der Reichsfinanzen in die Schuhe zu schieben. Diese unglückliche Behauptung stand in tristem Widerspruch zu den Tatsachen, denn trotz der außerordentlichen Verschärfung der Wirtschaftskontrolle konnte das Kabinett Brüning den Haushalt im Finanzjahr 1931/32 fast ausgleichen. Zwar war im Gesamtergebnis ein Fehlbetrag von rund 449 Millionen Mark entstanden, zugleich aber waren 420 Millionen Mark kurzfristige Schulden getilgt worden, so daß ohne diese Schuldentilgung Einnahmen und Ausgaben des Reiches im vergangenen Finanzjahr nahezu balancierten.

Jetzt veröffentlicht das Reichsfinanzministerium die Entwicklung der Reichsfinanzen im ersten Halbjahr des laufenden Rechnungsjahres 1932/33 (1. April bis 30. September). Diese sechs Monate fallen bereits zum größten Teil unter die Verantwortung der Baronsregierung. Man muß sagen, daß das Ergebnis der Papenschen Finanzgebarung nicht gerade den Schluß zuläßt, daß dieser Kanzler „den in dreizehn Jahren aufgehäuften Schutt“ hinwegräumt!

Die veranschlagten Einnahmen waren auf 3732 Millionen Mark festgesetzt, dagegen sind in diesem Zeitabschnitt nur 3352 Millionen Mark eingegangen. Das erste Halbjahr schließt also mit einem Defizit von 380 Millionen ab, so daß sich, auf das ganze Jahr übertragen, ein Defizit von reichlich einer dreiviertel Milliarde ergibt.

Allerdings verspricht sich das Papen-Kabinett noch behebende Wirkungen für die Reichsfinanzen von der Wirtschaftsanturteilung. Was man bisher

# Der Mann mit der Nilpferdpeitsche

Von Hitlers Auto aus wurde mit schweren Nilpferdpeitschen auf politisch Andersdenkende eingeschlagen.



In dieser Sklavenhalterei möchte Adolf Hitler das deutsche Volk regieren!

## Havemann con brio

Violinkonzert mit Pfeifkonzert

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Frankfurt, 25. Oktober.

Die Vertung des Frankfurter Orchestervereins hatte, wohl auf Weisung der obersten Rundfunkbehörde, als Solisten ihres Montags-Konzerts den Geiger Gustav Havemann verpflichtet, der als Dirigent eines Berliner nationalsozialistischen Orchesters sich parteipolitisch sehr stark exponiert hat. Vor und während des Konzerts kam es zu politischen Rundreden. Auf der Straße wurden Handzettel verteilt, die zum Boykott des kassischen Rundfunks aufforderten und das Verhalten Havemanns glosierten, der für Geld das Konzert des Juden Mendelssohn spielte.

Als Havemann das Podium betrat, wurde er mit einem Pfeifkonzert empfangen. Schließlich konnte das Mendelssohnische Konzert zu Ende geführt werden. Am Schluß des Musikstückes begann das Pfeifkonzert aufs neue.

## Der Rundfunkstandal

Scholz gerüffelt

Selbst die „Deutsche Tageszeitung“ nennt die Rundfunkveranstaltung vom Sonnabend „Reperieren am Wochenende“ einen Standal von ungewöhnlichen Ausmaßen. Wie man hört, hat inzwischen der zuständige Reichsinnenminister den verantwortlichen Rundfunkkom-

missar Scholz ersucht, dafür zu sorgen, daß Vorträge dieser Art in Zukunft unterbleiben. Zu gleicher Zeit ist Scholz der Auftrag gegeben worden, auf die Programmleitungen dahin einzuwirken, bei der Auswahl der Vortragenden vorsichtiger zu sein. Das ist alles. Und das ist mehr als dürftig. Es ist ja kein Geheimnis mehr, daß die Regierung Papen mit der neuen Rundfunkleitung, die nicht nur innenpolitisch Schwierigkeiten macht, sehr unzufrieden ist. Trotzdem läßt sie, wie es den Anschein hat, den Dingen ihren Lauf. Nach einer starken Hand schießt das gerade nicht aus. Und so können wir mit einiger Spannung auf den nächsten Rundfunkstandal warten.

## Ein gefälschter Brief

Erklärung des „Lokal-Anzeigers“

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ veröffentlichte am 28. Juli 1932 in Nr. 354 (Morgenausgabe) unter der Ueberschrift:

„Sozialdemokratische Selbst-  
erkennung“

das Fotomile eines Briefes des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Heinig an seinen Parteigenossen Schlemminger, Landrat des Kreises Niederbarnim. In dem Briefe warnte der Abgeordnete Heinig den Landrat Schlemminger vor verfassungswidrigen Gewalttätigkeiten, die Schlemminger vorgeschlagen haben sollte. Heinig begründete diese Warnung mit der augenblicklichen finanziellen Schwäche der Sozialdemokratie.

In dieser Angelegenheit fand eine Besprechung aller Beteiligten bei dem Vorgesetzten des Landrats Schlemminger, Regierungspräsidenten Jaconick in Potsdam, am 7. Oktober 1932 statt, die folgendes Ergebnis hatte:

1. Der Regierungspräsident stellte auf Grund der beiderseitigen Angaben fest, daß Brief und Unterschrift gefälschte Fälschungen sind.
2. Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ erklärt daß er durch diese Fälschungen getäuscht worden ist, den Brief aber in gutem Glauben veröffentlicht hat.
3. Herr Reichstagsabgeordneter Heinig und Herr Landrat Schlemminger erkennen nach dieser Erklärung an, daß die Redaktion den Brief in gutem Glauben veröffentlicht hat.

## Milde für Nazis

Billiger Tarif für rohe Naziführer

Limburg, 25. Oktober.

Die drei Kölner Naziführer, die in Limburg in der Nacht zum Sonntag nach Schluß der Polizeistunde gewaltfam in eine Wirtschaft eindringen, dort Schüsse abgaben, eine große Glashebe zertrümmerten, die Wirtin am Halse würgten und auf den Wirt so lange einschlugen, bis er ohnmächtig zusammenbrach, sind vor dem Limburger Schnellrichter sehr milde davon gekommen. Der nationalsozialistische Abgeordnete des Preussischen Landtags Palm-Köln wurde wegen Körperverletzung, Hausfriedensbruchs und Nötigung zu einem Monat Gefängnis verurteilt, der kaufmännische Angestellte Nieber erhielt sechs Wochen Gefängnis, der Stabführer der Kölner Nazis Erhard von Schmidt zwei Wochen Gefängnis mit Bewährungsfrist. Der Chauffeur wurde freigesprochen.

## 10 Jahre Zuchthaus gegen Arbeiter!

Köln, 25. Oktober.

Die Große Strafkammer verurteilte heute wegen des Landfriedensbruchs in Belgard, wo am 21. August Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten einerseits und Nationalsozialisten andererseits stattgefunden hatten, die Arbeiter Maronde, Höb und Femann zu je zehn Jahren Zuchthaus.

# Ein Unternehmerprogramm

Schäffer zeichnet die „Sozialpolitik“ der Nazibarone

Der gegenwärtige Reichsarbeitsminister hielt am Montag in Stuttgart eine Rede über das Arbeitsrecht, seine Entwicklung und wirtschaftliche Bedeutung.

„Das neue Arbeitsrecht“, meint Herr Schäffer, „gibt den Gewerkschaften außer der Mitwirkung bei Festlegung der Arbeitsbedingungen auch gewisse öffentlich-rechtliche Befugnisse. Die durch das Betriebsrätegesetz geschaffenen Betriebsräte ordnen sich tatsächlich den Gewerkschaften unter. Die Tarifordnung, die Unabdingbarkeit des Tarifvertrages und die Deffektivität seiner allgemeinen Verbindlichkeitsklärung, diese und vor allem die aus den Demobilisierungsvorschriften stammende Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen haben dem Tarif- und Schlichtungswesen einen gewissen Zwangscharakter verliehen.“

In Gegenwart gegen die in der Zeit nach dem Umsturz folgenden heftigen Arbeits- und Lohnkämpfe wurde die Staatsautorität vielleicht etwas zu weitgehend in die früher freie Lohnregelung eingeschaltet, und der Staat sah sich vor die Aufgabe einer Lohnpolitik und der eigenen Stellungnahme zur Frage der Tarifwilligkeit der Verbände gestellt.“

Herr Schäffer entwickelte sodann das sozialpolitische Programm der neuen Reichsregierung: Anerkennung der Notwendigkeit der Gewerkschaften und ihre Betätigungsfreiheit.

„aber „nicht Anerkennung des Monopols bestimmter Verbände“, Anerkennung des Tarifgedankens.“

„aber das Bestreben, seine Starrheit zu mildern durch erhebliche Einschränkung der Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen, durch Hinwirken auf größere Anpassung des Tarifinhalts auf örtliche und betriebliche Besonderheiten, Ein-

chränkung auch der allgemeinen Verbindlichkeitsklärung von Tarifverträgen, soweit sie zur Anwendung des Tarifvertrages auf Verhältnisse führen würden, für die er nicht berechtigt sei, und durch die Möglichkeit der

## Kürzung des Tariflohnes

in wirtschaftlich besonders gefährdeten Betrieben auf Grund der Verordnung vom 5. September 1932; im Arbeitsschutz Vereinfachung der jetzt sehr mannigfachen Vorschriften, z. B. auf dem Gebiete der Sonntagsruhe, in der Sozialversicherung Verwaltungsvereinfachung, endlich Arbeitsbeschaffung und Anhebung der Wirtschaft, womit die Sozialpolitik wieder in die Wirtschaftspolitik einmündet.

Die Hauptaufgabe sei jetzt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit; auf dieses Ziel seien alle Maßnahmen des Regierungsprogramms eingestellt, nämlich die Notstandsarbeiten aller Art für freiwilligen Arbeitsdienst, das landwirtschaftliche und vorstädtische Siedlungswesen, die Mittel für die Hausreparaturen, für die Schaffung von Eigenheimen, ferner die Tarifverordnung vom 5. September und besonders auch die Gewährung von Quittungen für gewisse Steuern und für Mehrbeschäftigung.

Ganz unrichtig sei die Auffassung, als ob es sich hierbei um

## Subventionen für die Unternehmer

handele. Im Gegenteil, dem Unternehmer erwachse die besondere Pflicht, für Arbeit zu sorgen und zu diesem Zweck die Steuergutscheine und noch dazu möglichst viele eigene Mittel zu verwenden.

Es ist geradezu unglücklich, welche Opfer die Regierung den Unternehmern zumutet. Sie

müssen sich für 1 1/2 Milliarden Mark Steuern schenken lassen, Prämien von 400 Mark für jede Neueinstellung ertragen, die Löhne außerdem noch abbauen, alles Dinge, von denen die glückliche Arbeiterschaft verschont bleibt. Vielleicht wird sie sogar wieder Sonntags arbeiten dürfen, im christlichen Geist natürlich, um das wieder zu erarbeiten, um was die Sozialversicherung zur Entlastung der „Wirtschaft“ erleichtert wurde.

Im übrigen: Fort mit dem „Monopol“ der Gewerkschaften, Anpassung der Tarifverträge an die „Betriebsverhältnisse“, Beseitigung des „Zwangschieds“, der Schiedsprüche, soweit es sich nicht um den Abbau der Löhne und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen handelt.

Dieses Programm des derzeitigen Reichsarbeitsministers und vormaligen Direktors von Krupp ist

## die vollinhaltliche Erfüllung der „sozialpolitischen“ Forderungen der Unternehmerverbände.

„Auflockerung“ der Tarifverträge, Beseitigung des „Monopols“ der Gewerkschaften, d. h. Anerkennung der von den Unternehmern ausgehenden Geboten, Beseitigung der „Zwangschiedsprüche“, Was die Sozialversicherung, besonders die Arbeitslosenversicherung betrifft, ist das Unternehmerprogramm bereits verwirklicht. Im übrigen stellt Herr Schäffer die „Vereinfachung“ der Sozialversicherung und der Bestimmungen über die Sonntagsruhe in Aussicht. Das kann nett werden.

Wenn Herr Schäffer beabsichtigt haben sollte, noch vor den Wahlen allen Arbeitern und Angestellten kurzumzuweisen, daß es auch in der kapitalistischen Gesellschaft nicht gleichgültig ist, wer regiert, so hat er seine Absicht vollkommen erreicht.

wiederhergestellt, ebenso auch die tarifliche Regelung der allgemeinen Arbeitsbedingungen aufrechterhalten, jedoch mit ganz erheblichen Verschlechterungen für die Bühnenarbeiter.

Für die Theaterdirektoren ist es bezeichnend, daß sie sich ganz entschieden für einen starken Abbau der Löhne ihrer Arbeiter eingesetzt haben, während sie auf der anderen Seite nicht laut genug klagen konnten über den schlechten Besuch ihrer Theater, der nicht zuletzt auf die allgemeine Drückung des Einkommens der breiten Massen zurückzuführen ist.

## Gegen die Betriebsräte Gescheiterte Verhandlungen in der Schuhindustrie

Bekanntlich hatten die Schuhfabrikanten den Manteltarif für die Schuhindustrie gekündigt und eine Reihe von Abänderungsanträgen gestellt. Diese Abänderungsanträge bezweckten die vollkommene Ausschaltung der Betriebsräte bei Festlegung der Akkordlöhne.

Die Verhandlungen zwischen Unternehmern und Arbeitervertretern fanden am Montag und Dienstag in Berlin statt. Obwohl die Arbeitervertreter gleich zu Beginn der Verhandlungen die grundsätzliche Erklärung abgaben, daß sie der Ausschaltung der Betriebsräte unter keinen Umständen zustimmen würden, beharrten die Unternehmervertreter auf ihren Verschlechterungsanträgen, so daß die Verhandlungen scheitern mußten.

Die Unternehmer wollen nun das Reichsarbeitsministerium anrufen und glauben, mit dessen Hilfe ihre Verschlechterungen durchzusetzen. Der Vorsitzende des Zentralverbandes der Schuhmacher, Genosse Simon, gab die Erklärung ab, daß die Arbeiterorganisation auch einen Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums, wenn er die Wünsche der Unternehmer erfüllen sollte, unter allen Umständen ablehnen würde.

## Ballspiel

### Zwischen Papen und KPD.

Der Reichskanzler hat in seiner Rede vor den Innungsmeistern das zu durchsichtigen Zwecken von den der derzeitigen Regierung nahestehenden Kreisen betriebene Manöver fortgesetzt, die freien Gewerkschaften zu loben, um einen Gegensatz zwischen diesen und der Sozialdemokratischen Partei zu konstruieren, vor allem aber, um die Gewerkschaften in den Augen der Arbeiterschaft zu kompromittieren. Wie erinnerlich, hat Genosse Tarnow in seinem Referat auf der Kundgebung der freien Gewerkschaften das Wirtschafts-

programm der Reichsregierung einer vernichtenden Kritik unterzogen. Tarnow hat dabei bemerkt, daß er der Regierung die Chance zubillige, die Brauchbarkeit ihres Programms unter Beweis zu stellen, aber leidenschaftlich gegen die Lohnabbauabsichten protestiert und erklärt, jeder Versuch, die Gewerkschaften schwach zu machen, würde zu Kampfzügen führen, an denen weder die Regierung noch die Unternehmer Freude haben würden.

Diese deutliche Kampfanziehung hat Herr von Papen in seiner Rede in ihr Gegenteil verkehrt und Tarnows Erklärung „begrußt“. Worauf natürlich die kommunistische Presse mit „Wonnegeschrei“ den Ball aufhängt und wieder einmal das „Zusammenspiel“ zwischen Papen, Leipart, Tarnow und Hitler „feststellt“.

Ein Zusammenspiel bezieht allerdings. Aber ein Fangballspiel zu politischen Zwecken zwischen der KPD und der gesamten Reaktion.

## Die Verbündeten

### RGO. und Nazi-Streik

Der Streik der Tagelöhner bei der „Kraftag“ nimmt den Verlauf, den man von allen Kämpfen gewöhnt ist, die von der RGO. bisher inszeniert worden sind. Die Direktion der „Kraftag“ hat an den größten Teil der Chauffeure, die sie vor Monaten wegen der Einschränkung ihres Betriebes entlassen hatte, geschrieben und sie ersucht, in ihrem Unternehmen wieder anzufangen. Auf Grund dieser Aufforderung sind heute bereits in den Depots Gartenstraße und Sophie-Charlotte-Straße eine ganze Anzahl Wagen wieder befehl und in den Verkehr gebracht worden.

Die Situation ist jedenfalls so verfahren, daß niemand mehr in der Nazi-Kazi-Streik-Leistung ein noch aus weiß. Ueber diese Tatsache täuschen auch die Artikel in der „Roten Fahne“ nicht hinweg, die voller Konfusion und Behelligkeit gegen den Gesamtverband sind, weil er diese „revolutionäre“ Aktion von Anfang an nicht mitgemacht hat.

## Johann Janacek

Der Vorsitzende des Bundes der freien Gewerkschaften Österreichs, Johann Janacek, ist in der Nacht zum Montag einem Herzschlag erlegen. Janacek, der zugleich Vorsitzender des österreichischen Metallarbeiterverbandes war, begann seine gewerkschaftliche Laufbahn als Vertrauensmann seiner Kollegen in der Wertstatt. Nach dem Rücktritt Hubers im Jahre 1931 wurde er zu dessen Nachfolger gewählt. Auch in der Parteibewegung und in der Krankenkassenbewegung hat sich Janacek hervorragend betätigt. Er war Mitglied des österreichischen Parlaments, wo er als guter des Hauptverbandes der Krankenkassen. Der völlig unerwartete Tod des Einundfünfzigjährigen ist ein harter Verlust für die österreichische Arbeiterbewegung.

## Die neue Einheitsfront KPD. und NSDAP.

Köln, 25. Oktober.

In dem Tarifkampf im Kölner Einzelhandel machte der Schlichter einen Vorschlag auf eine durchschnittlich vierprozentige Lohnkürzung. Die Unternehmer haben diesen Vorschlag angenommen, die Gewerkschaften haben sich noch nicht entschieden.

Diese Bewegung verurteilte die RGO. „weiterzutreiben“. Man beabsichtigte, das Warenhaus Leonhard Tieg & Co. zu beitreten. Natürlich konnte nun die Betriebszellenorganisation der Nazis nicht tatenlos zusehen. Im gegenseitigen Konkurrenzspiel haben sich die gewerkschaftsfeindlichen Brüder schließlich in einem „Kampfausschuß“ gefunden, der sich aus Vertretern der beiden Richtungen und Unorganisierten zusammensetzt. Die Firma Tieg entließ nunmehr neun Mitglieder des Kampfausschusses, darunter vier Nazis. In einer von diesem Kampfausschuß einberufenen Versammlung, an der nur etwa 20 Angehörige der nach Tausenden zählenden Belegschaft des Warenhauses Tieg teilnahmen, während die übrigen Teilnehmer betriebsfremde Kommunisten und Nazis waren, wurde der Streik beschlossen. Am Dienstagmorgen versuchten Streikposten der Kommunisten und Nazis die Angestellten vom Betreten des Betriebes abzuhalten. Nirgends war der Erfolg so groß, daß die Geschäfte hätten schließen müssen. Wiederholt kam es im Laufe des Tages zu Ansammlungen vor den Warenhäusern Tieg, die von der Polizei jedoch leicht abgedrängt wurden. Jedenfalls steht jetzt schon fest, daß der „ wilde Streik“ ein festliches Ende nehmen wird. Der einzige „Erfolg“ der Nazi-Kazi-Streikbrüderlichkeit wird sein, daß einige ihrer Leute auf der Straße bleiben.

Hierzu 2 Beilagen

## Unrecht an Unfallverletzten

Wie die Papen-Regierung für die Rentner sorgt

In der Verordnung „zur Ergänzung von sozialen Leistungen vom 19. Oktober 1932“ stellt die Regierung, wenigstens theoretisch, kleine Verbesserungen, insbesondere für die Unterhaltungsbezieher der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge in Aussicht. Ueber die Unfallversicherung sind in dieser Verordnung nachstehende Bestimmungen enthalten:

„Renten für Unfälle, die sich nach dem 31. Dezember 1931 ereignen, werden nicht um sieben-einhalb vom Hundert (Notverordnung vom 14. Juni 1932 Erster Teil Kapitel II Artikel 4 § 1 — RGBl. S. 273, 275) gemindert.“

Es wäre ein Irrtum zu glauben, daß damit die auf Grund der Notverordnungen vom 8. Dezember 1931 und 14. Juni 1932 vorgenommene Entziehung der kleinen Renten und der Abbau der übrigen Unfallrenten um 15 bzw. 7 1/2 Proz. auch zum Teil wieder rückgängig gemacht wird. Was die Regierung jetzt anordnet, bedeutet

für die bisherigen Bezüher von Unfallrenten keinerlei Milderung.

Die neuen Bestimmungen dienen lediglich dazu, die künftige Unfallrente (Verunglückte des Jahres 1933) nicht noch viel schlechter zu stellen als diejenigen, die bisher schon Unfallrenten beziehen.

Die Unfallrenten werden nach dem Jahresarbeitsverdienst des Verletzten im vorangegangenen Jahre berechnet. In dem zu Ende gehenden Jahre 1932 sind erhebliche Lohnkürzungen eingetreten. Die Senkung des Jahresarbeitsverdienstes bedingt also eine automatisch verminderte Unfallrente. Bliebe die bisher geltende 7 1/2-prozentige Kürzung noch aufrecht erhalten, so würden die Unfallverletzten, die im neuen Jahr hinzukommen und deren Rente sich nach dem Arbeitsverdienst des Jahres 1932 errechnet, eine doppelte Benachteiligung erfahren. Wie sich die Bestimmungen auswirken, geht aus nachstehendem Beispiel hervor. Ein Unfallverletzter erhält bei einem

Jahresarbeitsverdienst (1931) von	2000,— M.
als Vollrente (festgestellt 1932)	
bei völliger Erwerbsunfähigkeit	
3/4 von 2000 M.	= 1333,— M.
davon ab 7 1/2 Proz. Kürzung	= 100,— M.
(Notverordnung 14. Juni 1932)	
bleiben	1233,— M.
Jahresarbeitsverdienst (1932) von	1700,— M.
(Lohnkürzung 15 Proz. gegenüber 1931)	
als Vollrente (festgestellt 1933)	
3/4 von 1700 M.	= 1133,— M.
Keine Kürzung für neue Renten nach dem 31. Dezember 1932 (Verordnung v. 14. Okt. 1932)	
bleiben	1133,— M.

Die Unfallverletzten des Jahres 1933 stehen sich also, obwohl die 7 1/2-prozentige Kürzung wegfällt, noch wesentlich schlechter als die Verletzten, deren Renten im Vorjahre festgelegt wurde.

Angewandt entstehen durch den Wegfall der Kürzung für künftige Unfälle bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften 4 Millionen Mark, bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften eine Million Mehrkosten. Diese Summe hat man anscheinend errechnet in der Annahme, daß die Berufsgenossenschaften, trotz der inzwischen stark gesunkenen Arbeitsverdienste auch weiter neue Renten um 7 1/2 Proz. kürzen können. Es ist bezeichnend, daß die Unternehmerverbände sich stark gegen den Wegfall der Kürzung ausgesprochen haben, obwohl die Unfallversicherung im laufenden Jahre durch den vorangegangenen Rentenraub eine Ersparnis von rund 90 Millionen Mark gehabt hat. Berücksichtigt man die Großzügigkeit der Regierung gegenüber den Unternehmern bei der Gewährung von Steuergutscheinen, bei der Gewährung von Einstellungsprämien usw. und betrachtet man andererseits die Haltung der Regierung den Unfallverletzten gegenüber, dann zeigt sich deutlich, welche Gruppe von Volksgenossen sich des besonderen Wohlwollens dieser Regierung erfreut.

## Lohnruß überall!

### Der Bühnenarbeiter-Schiedsspruch

Im Tarifstreit zwischen dem Verband Berliner Bühnenleiter und dem Gesamtverband wegen des Abchlusses eines neuen Lohn- und Manteltarifes für das technische Bühnenpersonal in den privaten Berliner Theatern wurde am Montag ein Schiedsspruch gefällt, der das übliche Mittelstück zwischen den Forderungen der Unternehmer und Arbeiter ist.

Die Löhne, die die Bühnenleiter um 16 Proz. gekürzt wissen wollten, kürzt der Schiedsspruch um 6 bis 7 Proz. Die von den Theaterdirektoren geforderte Einführung der „Arbeitsbereitschaft“ lehnte der Schlichtungsausschuß ab. Der Zuschlag für Überstunden jedoch wird von 25 auf 15 Proz. gekürzt, ebenso auch der Urlaub, der zum Beispiel bei den über zehn Jahre beschäftigten nicht mehr 18 sondern 14 Tage betragen soll.

Der Manteltarif soll bis zum 30. September 1933, der Lohn tarif ab 1. November bis 30. April 1933 gelten. Die Erfahrungsfrist endet am 29. Oktober.

Ob durch diesen Schiedsspruch der drohende Streik der Bühnenarbeiter in den privaten Berliner Theatern vermieden wird, ist noch sehr zweifelhaft. Es wird durch den Schiedsspruch zwar die tarifliche Regelung der Entlohnung

# Stadtparlament und neues Berlin

## Aussprache über das Reformwerk — Klare Linie der Sozialdemokraten

Im Stadtparlament stand gestern der Magistratsplan zur Neugestaltung der Berliner Verwaltung zur Beratung. Nach diesem Plan soll die Reichshauptstadt bekanntlich zukünftig nur noch aus neun Bezirken bestehen.

Der vorbereitende Ausschuss hatte zunächst gegen den Erlaß des Herrn Bracht protestiert, der der Stadt die bekannte „Galgenfrist“ gestellt hatte. In dem Protest war festgestellt, daß die Stadtverordneten durchaus positiv an der Neugestaltung der Bezirke mitarbeiten wollen. Im Ausschuss war schließlich mit der Stimme des Zentrums ein kommunistischer Antrag angenommen worden, der eine Wiederherstellung der Bezirksverwaltung nach dem Gesetz vom April 1920 verlangt. Später war man versucht, das Abstimmungsergebnis wieder zu forrieren. Die Schlussabstimmung ergab Ablehnung des Magistratsprojektes.

Für die gestrige Debatte im Plenum war jeder Fraktion eine halbe Stunde Redezeit zugewilligt worden. Der kommunistische Redner nahm die Zeit voll in Anspruch mit dem Ergebnis, daß er die Vorlage gemäß dem Antrag im Ausschuss vollkommen ablehnte. Die Wahnsinnsmethode der Kommunisten zeigte sich auch hier. Hauptgedanke der Rede war die These: Hauptfeind ist die So-

zialdemokratie! Der Volksparteiler Caspari war gegen die Zusammenlegung von Charlottenburg und Spandau. Die Änderungsanträge, die der Nazi Treff einbrachte, waren fast umfangreicher als die ganze Vorlage. Nach den Stadtverordneten Jochem (Staatsp.), Steinicke (Dnat.) und Lange (S.) sprach der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion, Erich Flatau. Er betonte, daß die Sozialdemokraten ihre Stellung zu der Umgestaltung der Bezirke

bereits bei der ersten Beratung der Vorlage im Plenum dargelegt und daß sie sich von dieser Linie nicht entfernt hätten. Die von den Sozialdemokraten stets betonte Absicht der positiven Mitarbeit sei dadurch erreicht worden, daß Änderungen und Verbesserungen von den sozialdemokratischen Vertretern im Ausschuss vorgebracht wurden. Was die Redner in bezug über die Einschränkung der Selbstverwaltung vorgebracht hätten, rechtfertige nicht ihre Befürchtungen. Solange die Stadtverordnetenversammlung als von der Bürgerschaft gewählte Vertretung bestehe, wäre auch die Selbstverwaltung gewährleistet. Im übrigen müsse es sich die sozialdemokratische Fraktion verlagern, im Augenblick lange Reden zu halten; sie würde aber die Gelegenheit bei der bevorstehenden Stadtratberatung wahrnehmen, ihre grundsätzliche Auffassung mit aller Entschiedenheit zu vertreten. Die Haltung der Sozial-

demokraten zur Vorlage sei gegenüber der wankelmütigen Stellung der anderen Fraktionen allein konsequent und folgerichtig gewesen. Die Abstimmung über die Vorlage, die Änderungsanträge und die Beschlüsse des Ausschusses wird am Donnerstag vorgenommen werden.

Wie wir in dem Bericht über die letzte Stadtverordnetenversammlung mitteilten, war die Vorlage des Magistrats wegen des Verkaufs von Grundstücksflächen an gemeinnützige Baugesellschaften, das durch die Käufer bebaut worden war, an diese Gesellschaften nicht verabschiedet worden, weil die Kommunisten gegen die sofortige zweite Beratung Einspruch erhoben. Inzwischen haben sie ihre Ansicht geändert, so daß in der gestrigen Sitzung die Vorlage ohne Debatte verabschiedet werden konnte.

## Stadtverordnete gegen Lärm Schalldämpfer werden studiert

Die Städtische Verkehrsdeputation befragte unter Führung von Stadtbaurat Dr. Adler die Versuchsanstalt für Kraftfahrzeuge an der Technischen Hochschule.

Es wurden Versuche mit neuartigen Schalldämpfern für Motorräder nach Dr. Kaufmann vorgeführt, die das jetzt außerordentlich störende Knattern vermeiden sollen, ohne daß die Leistungsfähigkeit der Motoren herabgemindert wird. Solche Schalldämpfer sollen in Zukunft von der Industrie nach und nach bei allen Motorrädern angebracht werden. Ferner wurden der Deputation wertvolle Verbesserungen an Hupensignalen gezeigt, die eine Verminderung der störenden Hupengeräusche bei völliger Wahrung der Verkehrssicherheit zum Ziele haben.

## Die Wirtschaftslage Bildstatistik im Gesundheitshaus

Zur Vorbereitung der sehr interessanten Ausstellung hatte das Bezirksamt Kreuzberg eingeladen. Diese Ausstellung will dem einfachen wie dem gebildeten Besucher einen Ueberblick über „Deutschlands Wirtschaftslage“ geben, und zwar wirklich einen „Ueber-Blick“. An Stelle zahlreicher trockener Tabellen und langatmiger Texte treten wenige gut ausgewählte, in Form und Farbe einprägsame Bilder.

Die Ausstellung zeigt Material des Rundaneum, Wien, eines internationalen Instituts für Volksbildung, das zusammen mit dem Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum in Wien, diese neue Methode der Bildstatistik in zehnjähriger Arbeit erprobt hat. Diese Methode erläuterte Direktor Otto Neurath, Wien, der sie als eine „Bilderschrift“, als eine Wiedererweckung der Hieroglyphe bezeichnete. Hieroglyphe — das ist ein Bildzeichen für einen Begriff. Will man also die Arbeitslosigkeit in Berlin darstellen, so zeichnet man beispielsweise für 25 000 Arbeitslose einen Arbeiter, einen typisch gezeichneten Arbeiter. Dieses Bildzeichen „Arbeiter“ wird entsprechend der Menge der Arbeitslosen wiederholt; also 100 000 Arbeitslose werden durch 4 solcher Bildzeichen dargestellt. Lehnlich zeichnet man für eine bestimmte Menge (etwa die Jahresproduktion eines

Landes oder der Welt) von Brotgetreide ein Brot, von Baumwolle einen Ballen, von Zucker einen Zuckerhut. So wird alles vereinfacht, typifiziert, verständlich.

Die Ausstellung informiert zureichend nicht nur über die heutige Wirtschaftslage Deutschlands, sondern auch Berlins, im Vergleich zu früheren Jahren. Jeder kann aus wenigen Bildern mühelos lernen, was er vielleicht sonst nie lernen würde, da ihm Statistiken und nationalökonomische Schriften zu schwierig sind. Geöffnet ist diese Ausstellung täglich von 16 bis 21 Uhr, Sonntags von 10 bis 12 Uhr (Gesundheitshaus Kreuzberg, Am Urban 10/11).

## Schwerer Verkehrsunfall

Ein folgenschwerer Verkehrsunfall ereignete sich gestern nachmittag gegen 3 Uhr im Norden Berlins an der Kreuzung der Schweden- und Christianiastraße. Ein Motorrad mit Beiwagen, das mit drei Personen besetzt war, wurde beim Ueberqueren der Kreuzung der Schweden- und Christianiastraße von einem Lieferwagen erfasst und mehrere Meter mitgeschleift. Der Fahrer des Motorrades, ein 47 Jahre alter Werkzeugmacher Kurt Stephan aus Spandau-Haken-

felde, Eichenweg 7, erlitt einen komplizierten Schädelbruch und einen Oberschenkelbruch, seine 41 Jahre alte Ehefrau Maria und sein sechs Jahre alter Sohn Horst, die beide im Beiwagen saßen, erlitten gleichfalls erhebliche Verletzungen, so daß die ganze Familie von der Feuerwehr nach dem Jüdischen Krankenhaus gebracht werden mußte.

## „Vorwärts“-Haus wirbt Für sozialistische Volksherrschaft

Die Zentrale der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, das „Vorwärts“-Haus in der Lindenstraße, sieht im Zeichen der kommenden Reichstagswahl vom 6. November.

Vom Dache weht seit langem die rote Fahne mit den drei Pfeilen der Freiheit, und einer der großen Toreingänge ist mit rotem Tuch, das drei riesige weiße Pfeile trägt, bespannt. Oben aber, beleuchtet und die Lindenstraße hinauf nach der Jerusalemer Kirche zu weithin sichtbar, mahnt es in riesigen Lettern:

„Liste 2. Für sozialistische Volksherrschaft.“  
Plakate am Nebenhaus verkünden: „Das wollen wir! Gegen die Front der Gegenrevolution! Für die Eiserne Front des Sozialismus!“ und dann wieder, nüchtern und klar: „Denkt nach! Tatsachen, keine Phrasen!“

Selbstverständlich ist vor dem großen Schaufenster, hinter dem morgens und abends der „Vorwärts“ aushängt, die Diskussion rege. Diskussionsklubs tagen oft, und unsere Parteigenossen bemühen eifrig die Gelegenheit zur Werbung für die Partei der Arbeit.

Weihnachtsmarkt Berliner Künstler. Unter dem Protektorat des Herrn Oberbürgermeister Dr. Sahn veranstaltet das Berliner Ausstellungs-, Messe- und Fremdenverkehrsamt unter Mitwirkung der bildenden Künstler, der prominenten Berliner Schauspieler, Sänger, der Opern- und Operettenhäuser, des Tonfilms und der ersten Kräfte aus Varieté und Kabarett in der Zeit vom 3. bis 11. Dezember d. J. in der großen Ausstellungshalle II am Kaiserdamm den „Weihnachtsmarkt Berliner Künstler“.

Wohlfahrtsmarken. Vom 1. November an werden die Postanstalten und die Deutsche Posthilfe neue Wohlfahrtsmarken zu 4, 6, 12, 25 und 40 Pf. vertreiben. Für die Marken wird ein Zuschlag von 2, 3, 4, 10 und 40 Pf. zugunsten der deutschen Wohlfahrtspflege erhoben. Die Marken zeigen folgende Bilder: 4 Pf. Wartburg, 6 Pf. Schloß Stolzenfels, 12 Pf. Burg Nürnberg, 25 Pf. Schloß Lichtenstein, 40 Pf. Schloß Warburg.

## Unsere Leistungen für das Volk.

### Machtvolle Kundgebung in Lichtenberg — Ruf zum Kampf

Die Eiserne Front Lichtenbergs ist gestern mit einer zweiten machtvollen Kundgebung in der Riesenausla Schluchtallee an die Bevölkerung des Ostens herangetreten. Nach dem Fahneneimarsch sprach Carl Lichte.

Vielen deutschen Volksgenossen sei leider erst heute klar geworden, so führte der Redner aus, wo sie die harten und einschneidenden Maßnahmen der Regierung der Barone am eigenen Leibe spüren, was in aufopferungsvoller Arbeit die Sozialdemokratie nicht nur allein auf dem Gebiet der Sozialversicherung geschaffen hat. Die Rot schreie aus allen Gassen. Deshalb mühten alle Kreise des Volkes unterschiedenes Opfer bringen, um den Staat zu erhalten. So sprach diese Regierung. Und was tat sie? Sie kürzten

den Vermögen die Renten, die Unterstützungen und — sie schanzte die so gewonnenen 1,15 Milliarden Goldmark in Form von Steuergutscheinen den Unternehmern zu. Das ist die Regierung der Barone! Diese Kreise dürfen nicht herrschen. Wir wollen, daß des Volkes Wille gilt! Wenn erst wieder der Klassenstolz des Proletariats erwaucht sein wird, wenn der organisierte Arbeiter es ablehnen wird, mit den Nichtorganisierten zusammenzutreten, dann wird die Einheitsfront da sein, an der die Angriffe aller unserer Gegner zerfallen werden. Sorgen wir dafür, daß der politische Elan der Arbeiterklasse so stark wird, dieses Ziel in Kürze zu erreichen. Marschiert, kämpft und siegt deshalb unter der Parole Freiheit!

## Steuerchwund

### 20 Millionen weniger Einnahmen

Im Haushaltsausschuss der Berliner Stadtverordnetenversammlung hielt Stadtkämmerer Bruno Uch gestern eine wichtige Rede über die Zukunft der Berliner Finanzen.

Der Stadtkämmerer erklärte, daß man die Auswirkungen des Arbeitsbeschaffungsprogramms und die Wirkung der Papenschen Steuergutscheine zwar noch nicht vorauslagern könne, daß die Stadt Berlin aber nach der bisherigen Entwicklung mit einer Mindereinnahme an Steuern von rund 20 Millionen Mark werde rechnen müssen. Der Rückgang der Einnahmen sei besonders stark bei den Ueberweisungsteuern. Auch die Lohnsummensteuer sei durch die erhöhte Arbeitslosigkeit und die Lohnsenkungen stark zurückgegangen. Da das Reich eine bindende Erklärung abgegeben habe, wonach die Gemeinden höchstens 650 Millionen Mark Wohlfahrtslasten tragen sollen, die Stadt Berlin aber einen bedeutend höheren anteiligen Betrag aufzuwenden hat, sei es jetzt moralische Verpflichtung des Reiches, ausreichende Hilfe zu gewähren.

Der Haushaltsausschuss beschloß, von einer Abstimmung über den Gesametat Abstand zu nehmen und die ganze Vorlage der Vollversammlung der Stadtverordneten zu überweisen.

zialdemokratie! Der Volksparteiler Caspari war gegen die Zusammenlegung von Charlottenburg und Spandau. Die Änderungsanträge, die der Nazi Treff einbrachte, waren fast umfangreicher als die ganze Vorlage.

Nach den Stadtverordneten Jochem (Staatsp.), Steinicke (Dnat.) und Lange (S.) sprach der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion, Erich Flatau. Er betonte, daß die Sozialdemokraten ihre Stellung zu der Umgestaltung der Bezirke



Wo man hinhört,  
lobt man „Saba“  
Gewiß, „die Geschmäcker sind verschieden“,  
aber darin ist sich Berlin einig:  
Es schwört auf seine „Saba ohne“.





# 68 kleine Gutsbesitzer

Das Siedlungswerk von Fehrbellin

Die Abwärtsentwicklung des Wirtschaftslebens, insbesondere der Preisverfall für landwirtschaftliche Produkte, ließ in letzter Zeit den Siedlungsgedanken etwas vorsichtiger beurteilen. Am Ende der Siedlung konnten nicht Hunderte neuer Wohlfahrtsempfänger stehen. Nun hat man zwischen Spandau und Neuruppin, in unmittelbarer Anlehnung an das Landstädtchen Fehrbellin einen Siedlungstyp geschaffen, der — soweit sich übersehen läßt, mit Erfolg — die bisherigen Gefahrenmomente ausschaltet. Hier hat die „Fehrbellin“, Havelländische Siedlungs-Gesellschaft, eine Heilmittelsiedlung geschaffen, die in der Hauptsache für Rentner und Pensionäre gedacht ist.

## Ein früheres Domänengelände

Von etwa 2000 Morgen ist unter Aufsicht des preussischen Kulturrates und mit finanzieller Hilfe der Landesrentenkasse als Rentengut aufgeteilt worden. Jeder Siedler erhält ein Dreieinhalbzimmerhaus mit zwei Morgen Land unmittelbar am Haus (Boden erster bzw. zweiter Klasse) und dazu zwei Morgen Wiese. Die Siedlerstellen sind eingezäunt, Elektrizität und Wasserleitung sind vorhanden, Straßen sind im Bau, belassen aber nicht den Siedler, dazu wird der Vorgarten und eine kleine Obst- und Beerenanlage geliefert. Einige Häuser haben Bad und Zentralheizung; man hat sich also bemüht, den neuzeitlichen Komfort der Großstadt auch dem Heilmittelsiedler zugute kommen zu lassen.

Eine solche Siedlerstelle kostet 17 689 Mark, das ist ein Festpreis, zu dem dann später nicht mehr enttäuschende Notariats-, Auflassungs- und sonstige drückende Gebühren kommen. 3000 Mark hat der Rentner als Anzahlung zu zahlen, dazu kommt eine Hauszinssteuerhypothek in Höhe von 3600 Mark, so daß ein Restkaufgeld von 11 089 Mark bleibt. Für dieses Restkaufgeld sind 4 1/2 Proz. Zinsen und 1/2 Proz.

Amortisation zu zahlen; die Hauszinssteuerhypothek ist mit 3 Proz. pro Jahr zu verzinsen. Hieraus ergibt sich schließlich eine monatliche Belastung von 49,30 Mark für den Siedler. Nun ermöglichen 2 Morgen Land und 2 Morgen Wiese schon eine erhebliche Zubuße zur Lebenshaltung als etwa die 1000 Quadratmeter der Stadtrand-siedlung. Auch die Futterfrage für eine ausgedehnte Kleintierhaltung bereitet keine übermäßigen Sorgen, wenn auch ein Siedler, dessen Hühnerbestand augenblicklich auf 52 Stück Rhodeländer angewachsen ist, sagte, daß er diesen Bestand auf die Dauer nicht durchhalten könne. Dagegen konnte eine geschickte Siedlerfrau trotz der niedrigen Preise dieses Jahres mehrere hundert Mark aus ihrer Erdbeerkultur herausziehen. Nun ist allerdings die Lage insofern günstig, als Erwerbsfragen bei dieser Rentengutsiedlung nicht so sehr im Vordergrund stehen als anderswo, denn der Siedler ist meist ein Pensionär, bei dem zum Monatsersten der Geldbriefträger an die Tür klopft. Der älteste Siedler ist bereits 82 Jahre alt, aber immer noch bei Sonnenaufgang auf seinem Acker; es ist der ehemalige Ober-gärtner der Sultansgärten von Konstantinopel. Insgesamt bestehen 68 solcher Siedlerstellen, davon sind zur Zeit wohl knapp 60 verkauft. Mit der Siedlerstelle haben übrigens die Männer einen neuen Titel bekommen; wer an sie einen Brief schreibt, muß ihn beginnen: „An den Herrn Rentengutsbesitzer...“

Daneben sind noch einige Bauernsiedlerstellen geschaffen worden in Größe von 35 bis 60 Morgen. Die Baukosten sind so niedrig wie möglich gehalten worden, damit der Siedler nicht an einer unmöglichen Rente von 25 bis 40 Mark pro Morgen zugrunde geht. Seine Belastung beträgt vielmehr nur 13,60 Mark pro Morgen und Jahr. Da in Württemberg kaum noch Land zu haben ist, sind einige Württemberger bereits da, und so wird Fehrbellin demnächst eine schwäbische Kolonie erhalten.

## Kleiderfammlung

Bitte der Winterhilfe

Heute und morgen werden in Reinickendorf, am 31. Oktober und 1. November 1932 in Pankow und Tempelhof und am 1., 2. und 3. November 1932 in Charlottenburg Kleiderfaltungen für die Berliner Winterhilfe mit Hilfe der Reichswehr durchgeführt.

Die Berliner Winterhilfe wiederholt ihre Bitte: Erleichtert den Helfern, die alle ehrenamtlich tätig sind, ihr Werk! Alle führen sie polizeilich abgestempelte Ausweise bei sich. Seht auch diese Ausweise gelben! Alles, was gesammelt wird, wird unentgeltlich abgegeben.

Die Reichswehrwagen können bei der Sammlung nicht durch alle Straßen fahren. Wer von dem Signal der Hornisten also nicht erreicht wird, kann auch Kleiderspenden direkt senden an die Hauptgeschäftsstelle der Berliner Winterhilfe, Berlin C. 2, Burgstr. 28, Telefon: D 1 Norden 1928. Geldspenden werden erbeten auf das Postcheckkonto Nr. 100, Preussische Staatsbank für die Berliner Winterhilfe.

## Heller spricht in Berlin

Am Freitag, dem 28. Oktober, 20 Uhr, spricht im Schinkelsaal der Hochschule für Politik, Schinkelsplatz, der sozialdemokratische Vertreter vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig, Prof. Dr. Hermann Heller, Frankfurt, über „Der Preußenkampf vor dem Leipziger Staatsgerichtshof.“ Eintritt 0,50 Mark. Erwerbsscheine und Studenten gegen Ausweis 0,25 Mark.

Gesellschaft für tonationale Erziehung. Am Mittwoch, 26. Oktober, spricht im Rahmen der Veranstaltungen der Gesellschaft für tononale Erziehung e. V. der bekannte Arabienforscher Hans Helfrich in einem Lichtbildvortrag über das Thema: „Im dunkelsten Arabien, Wolkenträger in der Wüste“, bei gleichzeitiger Vorführung arabischer Musik auf Schallplatten. An den Vortrag schließt sich ein geselliges Beisammensein an. Die Veranstaltung findet im Kaiserhof des Restaurants Zoologischer Garten statt, Eingang Budapeststr. Straße. Einlass 19 1/2 Uhr; Beginn pünktlich 20 Uhr. Eintrittspreis 75 Pf. einschließlich Vergnügungssteuer.

Die Goldene Hochzeit feierte gestern das Ehepaar August und Wilhelmine Leigte, Berlin N. 65, Schulstraße 44.

## SPORT

Leabrennen zu Mariendorf.

Preis von Warenburg: 1. Eitz (Ch. Mills); 2. Gros; 3. Lado Kello; 4. Patriar. Toto: 20:10. Platz: 15, 28, 31, 35:10. Ferner liefen: Reibburg, Lunichgut, Wolfstier, Drettrite, Jaurus, Broden, Herbert K., Hermann Almers, Landtreiber.

Preis von Babes: 1. Rotantia (Herm. Schleichner); 2. Cuäfer; 3. Kones R.; 4. Herzallerliebste. Toto: 1285:10. Platz: 45, 64, 54, 16:10. Ferner liefen: Oster-

martha, Volkare, Solo, Druien, Peterilla, Renares, Gay Bird, Trudewind, Duwila, Medicus, Samsen, Estates, Wildtaube, Jordan, Otara, Gistrut.

Preis von Trachen: 1. Rätchen D. (Ch. Mills); 2. Kero; 3. Jenny Bird. Toto: 36:10. Platz: 12, 14, 31:10. Ferner liefen: Cuedes, Eminens, Ton Josa, Komuald.

Preis von Vederbed: 1. Silba (J. Widdelhof); 2. Magda; 3. Bedonia; 4. Leibgardehufar. Toto: 182:10. Platz: 25, 37, 28, 37:10. Ferner liefen: Hogen, Grashame, Cuiella, Paetitia, Jeanne d'Arc, Altha, Ohlen-dorf, David Ellen.

Preis von Gelle: 1. Putte (Ch. Mills); 2. Eisenbein; 3. Pini; 4. Orient. Toto: 31:10. Platz: 16, 19, 19, 35:10. Ferner liefen: Puchhof, Jngara, Blanco, Dianette, Alimacht, Pirna, Pata Morgana, Cortes, Albrecht der Bar.

## Briefkasten

S. 1. 19. 30. beantragen Sie beim Amtsgericht den Erlaß eines Zahlungsbefehls. — S. 1. 30. Die Forderung des Aufwertungsbeitrages kann vor dem 1. Januar 1933 nur verlangt werden, wenn der Schuldner schriftlich erklärt hat, die Rückzahlung zu betragen. Die Rückzahlung ist nur für den Fall eines Kalenderjahres zulässig. — S. 1. 1. U. C. ist die dreimonatige Frist maßgebend. 2. Es muß Klage erhoben werden. 3. Nach unserer Ansicht ja. — S. 2. 18. 1. Rein. Ebenfalls müßten Sie erst in Kenntnis gesetzt werden. 2. Wenn Sie aber gegen das Amt vorgehen, wird dieses vermutlich mit seiner Gegenforderung aufrechnen, so daß uns weitere Schritte in der Angelegenheit zweifellos ersparen.

„Imprägniere selbst.“ Es ist aus finanziellen Gründen ungemein wichtig, unserer Kleidung eine möglichst lange Lebensdauer zu bereiten. So zeigt jetzt das Kaufhaus Israel, Königstraße, das neue Selbstimprägnierungsverfahren mit „Imprägnol“. Imprägnol ist eine breiige Masse, deren Hauptbestandteil essigsaure Tonerde bildet; sie wird in heißem Wasser aufgelöst und unter Zusatz von beliebigem Wassermenge auf das gewünschte Maß gebracht. Im halbtrockenen Zustand wird der imprägnierte Stoff dann geplättet und ist nun gegen alle äußeren Einflüsse von Feuchtigkeit. Man kann auf diese Weise jedes Gewebe, Seide, Wolle, Strümpfe und so weiter wasserfest machen; vor allem empfiehlt sich die Imprägnierung für Sportkleidung, dann auch für Jeltbahnen, Berbede, Bootstischen usw. Zum Unterschied von dem bisher üblichen Imprägnierungsverfahren können die mit „Imprägnol“ behandelten Gewebe ungehindert dem Sonnenlicht ausgesetzt werden, sie leiden auch nicht unter dem Zusammenlegen und der damit verbundenen Wärmezerstörung. Auf dem mit Imprägnol behandelten Stoff gleitet der auf-fallende Wassertropfen ab, die Stelle selbst bleibt trocken und unzerändert. Gegenstände, die heißer Seifenwäsche unterzogen werden (Strick- und Wirtwaren), sind nach dem Waschen nachzu-imprägnieren.

Kaba heißt ein Familiengetränk, das von der Plantagengesellschaft in Bremen in den Handel gebracht wird. Wie die Analyse zeigt, ist Kaba ein leicht verdauliches Genussmittel von recht hohem Nährwert. Vor allem sei auf den hohen Gehalt an Trauben- und Fruchtzucker hingewiesen. Gerade diese Zuckerarten gehören zu den wichtigsten resorbierbaren und aufbauenden Nährmitteln. Sie sind ein schadenloses Brennmaterial für den Körperhaushalt. Die Analyse des Kaba nennt ferner als wichtige Nährstoffe: Fett, Eiweiß, Mineralbestandteile, darunter Kalk und Phosphorsäure. Wichtig ist auch der Vitamingehalt. Ein besonderer Vorzug des Kaba ist es, daß er den Magen nicht belastigt und nicht stopfend wirkt.



So wie das „A“ beim Alphabet an erster Stelle ATA steht!

Ata hat durch hervorragende Güte und Billigkeit schnell den ersten Platz unter den Putz- und Scheuermitteln erobert. In Ata haben Sie eine sparsame, hygienische und vielseitige Putzkraft. Mit Ata können Sie alle Gegenstände aus Holz, Metall oder Stein auch die empfindlichsten, schonend säubern. Das geht rasch und mühelos! Frische und Glanz sind im Augenblick da. Soviel Vorzüge, soviel Nutzen für nur wenige Pfennige! Wirklich: *Sie sparen beim Scheuern und Putzen wie alle, die Henkel's Ata benutzen!*

Auch für Aluminium bestens bewährt! Aluminium trocken putzen!

A 127/32 b

**ATA** putzt und reinigt alles  
Hergestellt in den Persilwerken

Nehmen Sie zum Aufwaschen, Spülen und Reinigen Henkels (141)



# SCHICKSAL MASCHINE

1) ROMAN VON  
STEFAN POLLATSCHEK

Der gehegte Mensch.

1.

Benige Minuten nach sieben Uhr betrat Wilhelm Weltlin, von einer kurzen Geschäftsreise heimgekehrt, seine Fabrik. Er ging nicht — wie dies sonst seine Gewohnheit war — zunächst in die Betriebsräume, sondern begab sich sogleich in sein Privatkontor. Sein Prokurist Lechner erwartete ihn und berichtete über die Vorkommnisse während der Abwesenheit des Chefs. Die Mitteilungen waren für Herrn Weltlin unerfreulich. Der Einkauf an Aufträgen war gering und zu Preisen, die kaum das Auslangen boten. Die Reisenden hatten geschrieben, daß sie außerstande wären, irgendwelche Geschäfte zu tätigen, da die Konkurrenz zu weit billigeren Preisen offeriere. Weltlin hörte, ununterbrochen rauchend, ruhig zu. Er blätterte kaum in der Mappe, die Lechner ihm gereicht hatte, sah in die Luft und meinte dann: „Es ist klar. Wir können eben nicht mit, ehe wir nicht die neuen Maschinen eingestellt haben. Es ist übrigens fraglich, wie lange die Konkurrenz mitmachen kann. Hier sehen Sie, die Dwaig in Essen hat bereits weit vollkommene Maschinen, von deren Existenz auch unsere Konkurrenz noch nichts wissen dürfte. Sehen Sie sich dann meine Berechnungen durch. Wenn wir uns nur auf diese neuen Maschinen umstellen könnten! Wir könnten manche verlorene Position wieder gewinnen!“

„Sind die Dwaig-Maschinen teuer?“

„Im Verhältnis zur Arbeitsleistung sind sie eher billig zu nennen. Sie ersparen gegenüber den Maschinen, die die Konkurrenz verwendet, etwa drei, gegenüber unseren Maschinen vier Kräfte. Die Amortisation wäre in kurzer Zeit möglicherweise.“

„Dann müssen wir diese Maschinen wählen, Herr Weltlin.“

„Ja, wenn das so einfach wäre!“ rief der Fabrikant, ging zum Fenster und blies Rauchringe von sich.

„Darf ich mir die Frage erlauben“, sagte Lechner mit bescheidener Stimme, „wie die Verhandlungen in Berlin ausgefallen sind?“

„Schlecht, sehr schlecht, aber es ist noch immer ein wenig Hoffnung vorhanden. Ich werde dann mit Ihnen alles im Detail besprechen. Für den Augenblick nur so viel, daß wir Leute abbauen müssen. Wir können nicht weiter auf Vorrat erzeugen. Die Preise fallen von Tag zu Tag, es hat keinen Sinn, gegen die Zeit zu kämpfen. In der Gießerei, Farberei, Zurechtung und Expedition können wir jetzt auf fast die Hälfte der Arbeiter verzichten. Stellen Sie nachher mit Ingenieur Hanau und den Vertrauensleuten die Liste zusammen. Und schicken Sie mir bitte meine Sekretärin!“

2.

Weltlin hätte es nicht nötig gehabt, diese Weisung zu erteilen. Kaum hatte der Prokurist das Zimmer verlassen, als durch die Tapetentür die junge Dame eintrat.

„Ach, Susi!“ rief der Fabrikant, schritt rasch auf sie zu und schloß sie in seine Arme. „Ich bin so froh, daß ich wieder bei dir bin“, sagte er nach einer Weile.

„Wann bist du gekommen?“

„Mit dem Nachtzug. Ich wollte sogleich zu dir, aber es ging nicht. Ich mußte doch zuerst nach Hause. Es war ein erquicklicher Familienabend. Meine Frau war scheinbar erst kurz vor mir nach Hause gekommen. Sie war bei Crufius, ihrem Freund. Diese Freundschaft . . .! Ich lebe nun schon seit Jahren nicht mehr mit dieser Frau, die meine Gattin und die Mutter meiner Kinder ist. Gott mag wissen, wie es dieser Crufius aushält, so lange der Freund Therese's zu sein. Daß es schwer ist, der Gatte eines Engels zu sein, das weiß ich, ich habe es erfahren. Wie schwer aber muß es sein, der Freund eines Engels zu sein, der jahrelang selbstlose Freund einer Dulderin!“

„Ich dachte, daß dies alles hinter dir liegt, Wilhelm.“

„Es ist auch so, Susi! Diese Ehe wird gegen meinen Willen aufrechterhalten, weiß Gott! Therese will ihre Märtnerrolle zu Ende spielen und ich muß schweigen, solange Erna unverheiratet ist. Auch sie war noch wach, als ich kam. Sie arbeitet viel in der Bank. Sie ist ein fleißiger, allzu fleißiger Mensch! Anfangs, als sie unter allen Umständen einen Beruf ergreifen wollte, habe ich das für einen Spieß, für eine dieser modernen Ideen gehalten, aber ich hatte Unrecht. Die Arbeit gehört zu ihr. Neulich sagte mir erst Krüger, wie sehr er mit ihr zufrieden sei. Sie ist mir so fremd geworden,

ich weiß nicht mehr mit ihr zu sprechen, und doch war sie einmal der Inhalt meines Lebens . . . Alle sind mir so fremd geworden. Susi, seitdem ich dich kenne, und manchmal ist mir's, als würde ich auch dich verlieren . . .“

„Wilhelm!“

„Run gut, mein Kind! Komm, ich will dir erzählen. Endlich werde ich reden können. Komm näher, mein Liebling, komm näher, es geht mir gar nicht gut. Ich habe große Sorgen.“

Und Herr Weltlin begann zu berichten. Er war zunächst in Köln gewesen, so erzählte er, wo er mit den englischen Unterhändlern verhandelt hätte. An eine Verlängerung des Vertrages sei nicht mehr zu denken. Die Konkurrenz verkaufe bis zu dreißig Prozent billiger. Er habe klar erkannt, daß seine Existenz vernichtet wäre, wenn es nicht ge-

linge, die neuen Maschinen zu erwerben. Aber selbst die Sorge, wie das Geld für die neuen Maschinen aufzubringen wäre, sei in den Hintergrund getreten, seitdem er in Essen die neue Anlage der Dwaig gesehen habe. Weltlin schilderte diese Wunderwerke und geriet in Feuer. „Diese Maschinen!“ rief er aus und ging unruhig auf und ab. „Denk dir, sie ersparen vier Arbeitskräfte. Der Reallohn sinkt um etwa fünfundsechzig Prozent! Wir könnten nahezu drei Viertel der Belegschaft entlassen! Hier wäre die Vollendung — und sie ist unerreichbar! Was habe ich nicht alles in Berlin versucht, es war vergebens! Ich habe in die Luft gesprochen, ein Stein wäre eher zu erweichen gewesen, als diese hartgefotenen Sünder! Zwei Möglichkeiten gibt es noch: Entweder der Trust hilft, oder die Bank gibt das Geld. Einen anderen Weg sehe ich nicht.“

Weltlin schwieg, zündete wieder eine Zigarette an und trommelte mit den Fingern auf dem Tisch. Das Mädchen an seiner Seite suchte ihn zu beruhigen; es gelang ihr. Man rechnete, stellte Tabellen auf, die Zahlen führten einen wilden Tanz auf, wurden hin- und hergeworfen, gestrichen, erschienen wieder an anderer Stelle, verschwanden und erstanden aufs Neue.

Aber bald wurden die Beiden in ihrer Arbeit gestört, ein Beamter meldete Herrn Albert Weltlin an.

„Du hast deinen Sohn kommen lassen, Wilhelm — hierher?“

„Ja, Susi. Ich bin ihm in diesem Augenblick Rechenschaft schuldig. Wenn er mir auch ganz entfremdet ist, er ist mein Sohn!“

„Du hast recht, Wilhelm“, sagte das Mädchen, packte die Papiere zusammen und entfernte sich.

3.

Albert stand seinem Vater seit langem fremd gegenüber. Als Gymnasiast schon hatte er sein eigenes Leben geführt und war dem väterlichen Zugriff früh entwachsen. Er war ein schwer erziehbares Kind gewesen, ein frühreifer Knabe, der unter den elterlichen Zwängen schwer zu leiden hatte. Kaum siebzehn Jahre alt, war er in sozialistischen Vereinigungen tätig gewesen, hatte sich ganz seiner Partei verschrieben. Er wollte fühlen, daß sein Vater der Klasse der Unterdrückten angehörte, er ertrug es nicht mehr, von ihm Geld zu nehmen, in dem elterlichen Heim zu wohnen. Er nahm eine Stelle in einem Parteibüro an und verließ das Elternhaus. Seine Mutter besuchte er ab und zu. Er wählte eine Zeit, in der er Mutter und Schwester allein zu Hause mußte. Seinen Vater sah er selten, und, wenn es geschah, hatte er ihm nichts zu sagen, das Gespräch erstickte, ehe es recht begonnen hatte. Nun hatte er eine dringliche Einladung des Vaters erhalten und war gekommen.

(Fortsetzung folgt.)

## Die Tragödie des roten Mannes

Ein Epos vom Untergang / Von Hermann Wendel

Ist der Mensch vielleicht doch von Natur aus gut? Jedenfalls, als uns in ach, längst verschwundenen Kindertagen das beliebteste Spiel: Weiße und Indianer ergriff, drängte sich jeder von uns zu den Rothhäuten, und nur ungern war man Bleichgesicht, obwohl es so hervorragende Vertreter der abendländischen Rasse gab wie Lederstrumpf und Old Shatterhand. Ob es nun ein halb unbewusstes Gerechtigkeitsgefühl war, das uns den Roten zugestimmte, ob nur ein halb unbewusstes Bedürfnis nach Federhalm, Kriegsbemalung und Tomahawk — zwei höchst beachtliche Werte der jüngsten Zeit, „Das Grenzerbuch“ von Friedrich von Gagern (Verlag Paul Parey, Berlin) und „Frankreichs rote Kinder“ von Friedrich Sieburg (Societäts-Verlag, Frankfurt) nehmen ganz bemerkt Partei für die Indianer, deren Sache die der Gerechtigkeit sei. Aber wenn sich auch dem Umfang nach das zierliche Bändchen Sieburgs neben dem dicken Werk Gagerns anfühlt wie eine Schaluppe neben einem Dzeandampfer, so ist nicht nur der Stoffkreis und die Grundhaltung der zwei Bücher gleich, sondern beide wetteifern auch miteinander durch Stärke des dichterischen Gehalts. Das Lebendigste vom Lebendigen, das Anschaulichste vom Anschaulichen, das Farbige vom Farbigen, ist das eine wie das andere ein hinreißendes Epos in Prosa.

das Epos vom Untergang des roten Mannes.

Um das Jahr 1600 zeigen sich an der Ostküste Nordamerikas kaum erste schwache Spuren schüchtern weißer Besiedlung, um 1700 sind schon viele der östlichen Indianerstämme vollkommen ausgerottet oder vertrieben, und wieder ein Jahrhundert später ist die rote Ration bis auf unbedeutende Trümmer im Norden und Süden teils vernichtet, teils über den Mississippi nach den westlichen Prärien verdrängt und selbst dort nicht mehr ihrer Menschenrechte gewiß. Sagt Sieburg mit Zug, daß dieser Ablauf der amerikanischen Siedlungsgeschichte jedem fühlenden Menschen eine unermeßliche Traurigkeit einflößen müsse, so zittert Gagerns Herz vor eitel Empörung über die Summe von Grausamkeit und Gemeinheit, die in diesen Gebieten das Vordringen der sogenannten Zivilisation umschließt. Liebesvoll entrollt er den landschaftlichen Hintergrund des großen Dramas, die unberührte Natur der amerikanischen Wildnis: „Wo heute die Turbinen und Motoren unaufhaltsam wachsender Städte rauschen, brausen, verheeren, vertilgen, den feierlich gewordenen Stoffwechsel einer wahnsinnig gewordenen mechanisierten Menschheit betreiben, da weideten damals friedlich die dunklen Bisonten, des großen Geistes Herde, in Blaugras und Weißfleer lieblicher kleiner Prärien; anmutige Haine des zarten Zuderahorns und der wilden Sauerfirsche, des schwarzen Nuthbaums und hochstämmiger Eichen, ungeheurer Hidorries und mächtiger Pappeln begleiteten und säumten in angenehmem Wechsel die zahlreichen kleinen Gewässer, dicht besiedelt von Rotwild und starken Flügen des Truthuhns, Bären und baumfallenden Sibern.“ Liebesvoll befaßt er sich auch mit den Bewohnern dieser reichen und zauberhaften Gegenden, den allein rechtmäßigen Herren des Landes. Die einzelnen Völker und Stämme zählt er nicht etwa trocken und fatalistisch auf, die Algonkin mit den Unterabteilungen der Mohican, Senape und Wampanoag, der

Pequod, Pokanohet und Natitot, der Chippeways, Chegenne und Arapako, die Huronen und Iroquois, die Sioux, Shoshonen und Pamees, sondern von jeder Gruppe weiß er auch zu berichten, was ihr eigentümlich ist und was sie mit den anderen verbindet. Den „behaaglichen Kesselrauch des Wigwam“ herausbeschwörend, zerrt er bei Schilderung von Kleidung und Bewaffnung manche überlieferte Vorstellung wie die, daß der Indianer ein guter Biichenschütze gewesen sei, aber er zergliedert auch

die gesellschaftliche Verfassung des roten Menschen, die Gentilgenossenschaft,

wie Morgan und Engels sie beschrieben haben: „Das irotesische System mit seinen Geschlechtern und streng getrennten Heiratsklassen wiederholt sich mit Abweichungen bei nahezu allen nordostamerikanischen Völkern.“ Nur zeigt sich Gagern leicht erstaunt über das Mutterrecht bei den Irotesen und rückt vollends in

Werner Bergengruen:

### Die ewigen Wälder

Unsre Häuser stehn auf zerstampften Feldern.  
Die Felder haben uns lange verziehn.  
Aber wir wohnen in erschlagenen Wäldern.  
Bett und Schrank sind vom Walde geliehn.

Nachts, wenn Wolken das Dach umreiten,  
Sinken wir grundwärts wie Korn und Keim,  
Kehren wir in uralteste Zeiten,  
In das Dunkel der Waldungen heim.

Läuft ein Schauer durch Birke und Buche  
Und den Schreibtisch von Eichenbaum,  
Und es rauschen mit harzigem Ruche  
Ewige Wälder durch unseren Traum.

Wenn die Wipfel im Herbststurm knarren,  
Dünn sich der blätterne Vorhang blüht,  
Hebt sich ein Knocken in Schwellen und  
Sparrn,

Quillt es und schwillt es und ächzt im Gerät.

Und wenn sich Farren und Moose besamen,  
Raunts durch der Schrankfächer trockene Reih'  
Ueber Gestelle und Leisten und Rohmen  
Wie ein dunkles Stammesgeschrei.

Aber sie wollen sich ja nicht wehren.  
Sie erwachsen, drum haben sie Zeit.  
Sie verstummen im Frühlicht und kehren  
Heim in die große Geduldigkeit.

Wissen: nach winzigen Menschenjahren  
Sind acht Bretter uns zugebracht,  
Bretter, die Bäume im Walde waren  
(Auch die Bretter ächzen bei Nacht).

Einmal aus den zerfallenen Brettern,  
Aus zerfallenem Fleisch und Bein  
Heben sich Bäume mit Ästen und Blättern,  
Ewige Wälder wolkenein.

Aus Werner Bergengruen „Der Wandersbaum“  
Verlag „Die Rabenpresse“, Berlin.

historische Verständnislosigkeit aus, wenn er dieser Darlegung den Schnörkel anhängt: „Megärenverfassung, die sich in manchen modernen amerikanischen Verhältnissen treulich widerspiegelt.“

Gegen diese Eingeborenenkultur mit ihrer bodenständigen Kultur prallt die „Zivilisation“ des weißen Mannes. Ihr Land wird „Grenzzone“, das ist: das langsam oder sprunghaft weiterrückende Vorland, die Weitemar der Zivilisation, die Zone der vorgeschobenen Posten, der allgegenwärtigen Gefahr, der unermeßlichen Paradiese und Einöden, das Revier der Pioniere, der Wahr- und Jägerbauern, der Hinterwälder, der dunkle, blutige Grund, der Schauplatz der amerikanischen Uias.“ Auch die Weißen der Grenze sucht Gagern sozial zu erfassen. In den britischen Kolonien Virginia und Carolina etwa gehörten die ergebnisreichen Ländereien üppigen Kavaliern aus ostenglischem Adel, und auch eine zweite Schicht von Pflanzern, die unseren Rittergutsbesitzern oder Großbauern entsprachen, lebte aus dem Vollen. „Die erste und die zweite Klasse der virginischen und carolinischen Landbesitzer nahmen mehr als neun Zehntel des wertvollsten, des erschlossenen Fruchtbodens für sich in Anspruch; der dritten gehörte, was davon etwa noch übrig blieb, und — die unbegrenzte Wildnis. Diese dritte Klasse, ganz im Sinne der französischen Revolution und ihres Wortführers Sieges

der „dritte Stand“: das sind die Hinterwälder.

die Grenzer.“ Aber dieser Vergleich mit dem „dritten Stande“ hinkt, denn ob sie Siedler oder Jäger waren, die Hinterwälder hatten vom Proletariat mehr an sich als vom Bürger. Richtshühnig und unbehaust, waren sie ohnehin vom Bürger, vom Kapitalisten, dem sie sich für die kostspielige Ausrüstung verschuldeten; das „Grenzerbuch“ hebt es hervor: „Nur allzu oft stand hinter den Pionieren das starke Geld, das Kapital: wie Konzern oder Trust hinter dem Korundstahlmeißel, der ihrer Allmacht den Weg durch die Felsen bohrt.“

In Gagerns Darstellung wird das ungebundene Dasein dieser Prärieläufer und Urwaldroder, die sich sehr oft aus geheimeren Ergänzungen aller Art, Galeerensträflingen, Gefängnisinsassen, Deserteuren bunt ergänzten, herrlich plastisch. In allem, was des Lebens Nahrung und Notdurft anging, bewegte man sich auf dem Boden älterer Pfahlbaukultur und hielt bewußt daran fest; jedwedes wurde, von den Kerzen aus Hirschtalg bis zur Fenscher „Scheibe“ aus dünngeschabter Hirschkloße, in der eigenen Wirtschaft gefertigt; selbst die Hausfrauen mußten sich mit Nadeln und Ahlen aus Knochen splitteln und Geweihschuppen begnügen. In Sitten und Gebräuchen gleichen derart diese Hinterwälder vielfach den Indianern; „die gemeinsame Mutter, die Wildnis, bestimmte beider Lebensart“, erklärt Gagern, und Sieburg erzählt: „Der Waldläufer leistete das Leichterste an Anpassung. Duzende eines Schlags gingen überhaupt völlig in den befreundeten Indianerstämmen auf, heirateten rote Frauen, wählten ein Totemzeichen und nahmen die Adlerfeder, um als große Krieger der Venapen, der Miami oder Potawatomi hochbetagt zu sterben.“

(Ein zweiter Artikel folgt.)

# Lehren der Kontingentspolitik

## Frankreichs Außenhandel halbiert — Verminderte Konkurrenzfähigkeit durch hohe Preise

Frankreich hat seit Beginn des Jahres zum Schutze seines einheimischen Marktes für zahlreiche Warengruppen Kontingente eingeführt, d. h. für die Einfuhr vieler Erzeugnisse bestimmte, nicht überschreitbare Grenzen festgelegt. Die Folge dieser Maßnahmen und der verschiedensten Zollserhöhungen war naturgemäß eine starke Verminderung der Einfuhr; trotzdem zeigen die Ergebnisse des französischen Außenhandels im ersten Halbjahr 1932 sehr deutlich, daß das französische Kontingentsystem der französischen Wirtschaft

recht erheblichen Schaden zugefügt hat.

Insgesamt verminderte sich die französische Wareneinfuhr von 1929 bis 1932 um die Hälfte. Den stärksten Rückgang zeigen jedoch nicht die von den Kontingentsmaßnahmen betroffenen industriellen Fertigerzeugnisse, sondern die Rohstoffe. An der starken Schrumpfung des Werts der Rohstoffeinfuhr spiegelt sich teilweise natürlich der Preissturz vieler ausländischer Rohstoffe wider, teilweise aber die verringerte Beschäftigung der französischen Industrie. Dagegen ist die Einfuhr industrieller Fertigerzeugnisse im wesentlichen geringeren Grade zurückgegangen. Den geringsten Rückgang zeigt, trotz der auch hier eingetretenen Preisentfaltungen, die Nahrungsmittelaufuhr.

Die Ziffern sehen folgendermaßen aus: Die Rohstoffeinfuhr belief sich im ersten Halbjahr 1932 auf 5,84 Milliarden Franken gegenüber 11,24 im ersten Halbjahr 1931 und 15,83 Milliarden im ersten Halbjahr 1929. Der Wert der Rohstoffeinfuhr ging somit innerhalb des Zeitraums 1929 bis 1932 um fast zwei Drittel zurück. Dagegen hatte die Einfuhr industrieller Fertigerzeugnisse im ersten Halbjahr 1932 noch einen Wert von 3,05 Milliarden Frank, verglichen mit 4,89 im ersten Halbjahr 1931 und 4,78 im ersten Halbjahr 1929.

Eine wesentlich stärkere Schrumpfung als die Einfuhr zeigt die Ausfuhr. Der Gesamtwert der französischen Ausfuhr verminderte sich nämlich von 24,72 Milliarden Frank im ersten Halbjahr 1929 auf 16,22 im ersten Halbjahr 1931 und 10,08 im ersten Halbjahr 1932! Gegenüber 1929 beträgt die Schrumpfung also mehr als die Hälfte. Hierbei zeigt sich eine außerordentlich starke Verminderung der Fertigwarenausfuhr. Sie ging von 15,37 Milliarden im ersten Halbjahr 1929 auf 10,16 im ersten Halbjahr 1931 und nur noch 6,20 Milliarden Frank im ersten Halbjahr 1932 zurück; d. h. auf 40 Proz. von 1929.

Vergleichen wir die Ein- und Ausfuhrentwicklung der industriellen Fertigerzeugnisse, so kann man feststellen, daß die Einfuhr gegenüber 1929 um etwa 40 Proz., die

Ausfuhr dagegen um etwa 60 Proz. zurückgegangen ist.

Man hätte angefaßt die Kontingentsmaßnahmen der französischen Regierung vielleicht die gegenteilige Entwicklung erwarten sollen. Man muß sich jedoch vor Augen halten, daß die französische Regierung und die an der Festlegung der Kontingente mitbeteiligten Syndikate und Industrieorganisationen sehr darauf bedacht gewesen sind, daß nach Möglichkeit die französische Preisbasis durch die ausländische Konkurrenz nicht erschüttert werde. Vielmehr werden sogar mit den ausländischen Industrie- und Handelsorganisationen bestimmte Mindestpreise, die bei der Einfuhr eingehalten werden sollen, festgelegt.

Die Folge dieser künstlichen Preishöherhaltung für viele Industrieerzeugnisse ist, daß die französische Industrie an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber der Industrie des Auslands erheblich verloren hat. Zweifellos wäre ohne die Maßnahmen, vor allem die Kontingentsierung, die französische Einfuhr etwas höher geblieben; niemals aber hätte die Ausfuhr französischer Waren so stark sinken können.

Das sind klassische Lehren für Deutschland.

Wie schon in den letzten Jahren ergab sich auch im ersten Halbjahr 1932 ein starkes Ueberwiegen der Einfuhr über die Ausfuhr. Der Einfuhrüberschuß betrug im ersten Halbjahr 1931 6,98 Milliarden Frank und im ersten Halbjahr 1932 5,20 Milliarden, d. h. rund 1 Milliarde Mark. Der Einfuhrüberschuß hat sich zwar gegenüber dem Vorjahr etwas verringert, doch entspricht diese Verringerung noch nicht einmal der gesamten Schrumpfung des Außenhandels. Man kann daher auch für das laufende Jahr damit rechnen, daß Frankreich einen Einfuhrüberschuß in Höhe von insgesamt 10 bis 12 Milliarden Frank, d. h. mehr als 2 Milliarden Mark, zu finanzieren hat. Die Aufbringung der Mittel hierfür erscheint allerdings angesichts der großen Goldbestände, die Frankreich aufgespeichert hat, nicht schwierig, es ist aber zu berücksichtigen, daß die französische Zahlungsbilanz selbst infolge der Verminderung des ausländischen Fremdenverkehrs, durch die Zurückziehung der Gelder im Ausland und infolge des Aufhörens der Reparationspassiv geworden ist.

## Nichts hinzulernt!

Die Kontingentspolitik, die Frankreich im vergangenen Jahre für agrarische wie auch für industrielle Produkte eingeführt hat, hat auf der ganzen Linie verlagert. Die mit dieser Politik in ursächlichem Zusammenhang stehenden fühlbaren Rückschlüsse in der französischen Handels-

bilanz haben seit einigen Monaten den handelspolitischen Reformtendenzen im französischen Wirtschaftsministerium einen starken Vortrieb gegeben.

Der französische Wirtschaftsminister hat daher die Spitzenverbände der agrarischen und industriellen Produzenten in Frankreich aufgefordert, Vorschläge für eine Reform der Handelspolitik einzubringen. Die jetzt veröffentlichten handelspolitischen Forderungen dieser Spitzenverbände lassen aber erkennen, daß man auch in Frankreich aus früheren Fehlern nichts gelernt hat. Man will auch in den jetzigen Räten den Teufel durch Beelzebub austreiben und an die Stelle der Kontingente ganz beträchtlich erhöhte Einfuhrzölle setzen. Darüber hinaus wollen sich die industriellen und agrarischen Spitzenverbände in Frankreich noch eine besondere Rückendeckung dadurch sichern, daß in den Fällen, wo ihrer Ansicht nach nicht einmal die Höchstzölle die ausländische Einfuhr unterbinden, die Kontingente für eine bestimmte Frist in Geltung bleiben.

Kußerdem richten sich die Forderungen der Spitzenverbände auf Abschaffung des Prinzips der Meistbegünstigung, die Kündigung der jetzigen Handelsverträge und den Abschluß von nur noch kurzfristigen Verträgen.

Gegen diese Politik des hemmungslosen Schutzzolls nimmt der Leiter des Verbandes der französischen Exportindustrien, Altermann, in einer scharfen Erklärung Stellung. Altermann betont die Notwendigkeit einer Revision der französischen Zollpolitik. Im deutsch-französischen Handelsvertrag seien 72 Proz. der Zollsätze gebunden, und die Meistbegünstigungsklausel binde Frankreich auch gegenüber Belgien, der Schweiz, der Tschechoslowakei und anderen Nationen die Hände. Insofern bildet der deutsch-französische Vertrag den Kern der gesamten französischen Handelspolitik. Zölle sollten nach den Erfahrungen des letzten Jahres nur in begrenztem Umfange angewandt werden, da die Exportindustrien Frankreichs für die Politik der Einfuhrerhöhung durch Repressalien des Auslandes büßen müssen.

Dieser Vorstoß des Verbandes der französischen Exportindustrien zeigt, daß diese nicht mehr gewillt sind, die durch die Zoll- und Kontingentspolitik hervorgerufenen Verluste ihrer Exportmärkte widerstandslos hinzunehmen. Hier spricht auch wesentlich die wachsende Erkenntnis in französischen Exportkreisen mit, daß die Kontingentspolitik — durch Festlegung von Mindestpreisen bei der Einfuhr des Auslandes — den Preisstandard in Frankreich von den Einflüssen des Weltmarktes losgelöst und durch Schaffung eines überhöhten inländischen Preisstandards die französische Ausfuhrindustrie in zunehmendem Maße exportunfähig gemacht hat.

englische Pfund ist wieder allgemein; das ermäßigte einer ausgedehnten Börsenspekulation in Pfunden à la baisse (auf ein Sinken des Pfundes) zu spekulieren. Die englische Handelsbilanz zeigt in den letzten Monaten eine zunehmende Verschlechterung: die Einfuhr erhöhte sich von Juli bis September von 51,9 auf 54,7 Mill. Pfund, die Ausfuhr sank in der gleichen Zeit von 29,8 auf 26,2 Mill. Pfund.

Ein weiteres Moment für die Kursverschlechterung liegt in der Verpflichtung, die bei der Anleihekonversion gekündigten Beträge zurückzuführen. Die daraus folgende Belastung der englischen Zahlungsbilanz ist auf mehrere 100 Mill. Mark zu schätzen. Ferner sind am 15. Dezember Kriegsschuldenszahlungen an Amerika fällig. Möglich, daß die vielleicht noch vorhandenen Devisenreserven für diese Zahlungen gespart werden.

## Die Karstadt-Stützung

### Der Reichswirtschaftsminister rechtfertigt sie

Die Akzeptanz K. O. hat bekanntlich dem Karstadt-Konzern einen Stützungsbeitrag von 25 Millionen Mark gegeben. Das geschah im Einverständnis mit der Reichsregierung, die für alle Akzeptanzkredite die Garantie übernimmt. Gegen diese Stützung haben mittelländische Organisationen beim Reichswirtschaftsminister Warmbold Protest eingelegt mit der Begründung, daß diese Subvention auf Kosten der Allgemeinheit den mit Karstadt in Wettbewerb stehenden mittelländischen Einzelhandel schädigt.

Der Reichswirtschaftsminister hat in einer Antwort die Stützung zu rechtfertigen versucht. Er weist darauf hin, daß die Grundstücke und Gebäude im Werte von 184 Millionen Mark zum größten Teil dem Ausland verpfändet seien, 30 000 Einzelhändler Forderungen an Karstadt hätten und über 20 000 Angestellte vom Konzern beschäftigt werden. Der Zusammenbruch des Unternehmens würde bedeuten, daß der Grundbesitz vermutlich für weniger als ein Drittel des Wertes an ausländische Gläubiger fallen würde, die diesen Rest nur durch einen

gleichartigen Betrieb wieder hätten beleben können. Da den Bankgläubigern nur verhältnismäßig geringe Abzüge gegenüberstehen, wären für die Banken enorme Ausfälle entstanden. Die Warengläubiger hätten sich an die Waren halten müssen, die aber bei der Zahlungs Einstellung mit sehr großen Verlusten veräußert werden müßten. 22 000 Angestellte würden außerdem einem sehr unsicheren Schicksal preisgegeben werden.

Diese Antwort wird nicht nur den Einzelhandel, sondern auch die Öffentlichkeit sehr wenig zufriedenstellen. Mit der gleichen Begründung muß der Staat in jedem Falle den Zusammenbruch größerer Unternehmungen verhindern. Sicher schlägt die Begründung den Prinzipien der freien Wirtschaft ins Gesicht. Wenn aber schon der Reichswirtschaftsminister die Stützung des Karstadt-Konzerns für notwendig gehalten hat, so muß man ihn fragen, welche Sicherheiten er sich von der Karstadt-Verwaltung bzw. den indirekt mitgeführten Banken hat geben lassen. Der Steuerzahler hat durchaus ein Recht, gegen Ausfälle aus Garantien geschützt zu werden, die das Reich auf seinem Rücken übernimmt. Die finanzielle Sanierung steht bei Karstadt immer noch aus. Mindestens für eine ordnungsmäßige Sanierung hätte das Reich bei der Gewährung des Kredits sorgen müssen.

## Papens Mißerfolg

### Reichsbankkredite sinken weiter

Der Mißerfolg der Papenschen Ankurbelungspolitik wird immer deutlicher. Von Reueinstellungen hört man immer weniger. Die Arbeitslosigkeit hat in Deutschland zugenommen, obwohl der Zugang von Arbeitslosen vom Baumarkt nur gering sein konnte. Aber auch bei der Reichsbank zeigt sich sehr deutlich, daß von zunehmender Wirtschaftstätigkeit keine Rede sein kann.

Der Reichsbankausweis vom 22. Oktober zeigt wieder Rekordziffern des Tieffandes in der Inanspruchnahme von Reichsbankkrediten. Wäre von einer Wirtschaftsbekämpfung die Rede, so müßten die von der Reichsbank gewährten Kredite, besonders angesichts der Saisonbelebungen für das Wintergeschäft, zunehmen. Das Gegenteil ist der Fall. Die Wechselbestände der Reichsbank sind gegenüber der Vormoche um 130,3 auf 2616,9 Millionen gesunken und haben damit den tiefsten Stand des ganzen Jahres 1932 erreicht. Die Bestände an Reichsbankwechseln nahmen um 7,8 auf 22,8 Millionen und die Lombarddarlehen um 7,1 auf 85,0 Millionen ab. Der Tiefstand der Lombarddarlehen zeigt, daß auch auf den Börsen alles weniger als eine optimistische Stimmung herrscht. Die gesamte Kreditgewährung der Reichsbank betrug am 22. Oktober nur noch 3086,9 Millionen Mark und hat seit Juli einen Rückgang um 300 Millionen Mark zu verzeichnen.

Der Notenumlauf liegt gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres ebenfalls um fast eine Milliarde Mark niedriger. Er war in der dritten Oktoberwoche auf 3414,0 Millionen Mark gesunken; der Umlauf an Rentenscheinen betrug 392,3 Millionen Mark. Die Währungsbestände der Reichsbank blieben auch in der dritten Oktoberwoche erfreulicherweise im Gleichgewicht. Sie nahmen sogar noch etwas zu. Die Goldbestände blieben mit 796,8 Millionen fast unverändert, der Bestand an Deckungsdepots vermehrte sich aber um 2,1 auf 137,2 Millionen Mark. Die Deckung der umlaufenden Noten durch Gold und Depots zusammen hat sich gegenüber der Vormoche von 26,5 auf 27,4 Proz. erhöht.

Die Preisentwicklung in den Konsumgüter. Der Konsumgenossenschaftliche Ernährungsindex im September 1932 weist 1926 = 100 gegen einen Stand von 75,9 auf, gegenüber einem Stand des amtlichen Ernährungsindex von 76,5. Gegenüber dem Monat August ist eine geringe Abnahme der Indexzahl zu verzeichnen. Jedoch kommt hierin keine weitere Senkung der Preise zum Ausdruck, da z. B. der Konsumgenossenschaftliche Ernährungsindex schon in den Monaten Mai und Juni auf fast der gleichen Höhe stand wie im September.

Arbeitsbeschaffungsprogramm am Mittelstand. Auch am Mittelstand werden nunmehr die durch die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten finanzierten Maßnahmen aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung begonnen. Der Auftrag zum Baubeginn ist dem Reichsverteidigungsminister im Einverständnis mit dem Reichsfinanzminister erteilt worden, nachdem die erforderliche Verhandlung mit Preußen über die preussische Verpflichtung zur Beteiligung an einem Drittel der Baukosten des Mittelstandkanals erzielt werden konnte.

Steigender Kunststoffe-Abfall. Die Kunststoffe-Verkaufsbüro G. m. b. H., Berlin, teilt mit, daß der Abfall an Kunststoffe-Abfällen in letzter Zeit ständig gestiegen ist und daß die Abfälle im Monat September die Höhe des Monatsdurchschnittes der Abfälle im Rekordjahr 1931 erreicht haben.

Die Bahn Türksmühle-Kufel wird gebaut. Für den Bau der im Dillsegeleg vorgesehene Eisenbahn Türksmühle-Kufel hat der Reichsverkehrsminister am 21. Oktober der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft den Bauauftrag erteilt, nachdem die im Dillsegeleg verlangten Voraussetzungen geschaffen werden konnten.

# Wahrheit und Dichtung

## Die wirkliche Lage der Landwirtschaft

Die wirtschafts- und handelspolitischen Abteilungen des Deutschen Landwirtschaftsrats, der Spitzenvertretung der Landwirtschaftskammern, haben noch niemals eine objektive Darstellung der Lage der Landwirtschaft gegeben und scheuen sich auch nicht, demagogische Kniffe anzuwenden, wenn sie eine Zollerhöhung oder eine andere Subvention durchsetzen wollen. Dagegen ist die betriebswirtschaftliche Abteilung dieser Körperschaft zu einer etwas objektiveren Arbeit verpflichtet, wenn sie aus den Buchführungsergebnissen Material zusammenstellt. Abgesehen davon, daß die Buchführung der Landwirtschaft zu steuerlichen Zwecken gebraucht wird und infolgedessen vielfach frisiert ist, so daß aus diesem Grunde Mißtrauen gegen Verallgemeinerung der Buchführungsergebnisse geboten erscheint, können doch manchmal diese Ergebnisse interessante Hinweise für eine Beurteilung der wirklichen Lage der Landwirtschaft geben.

So entnehmen wir aus der neuesten Veröffentlichung des Deutschen Landwirtschaftsrats über die Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebsergebnisse in den letzten sieben Jahren, daß trotz beträchtlicher Steigerung der Zinssätzen im Durchschnitt die Lage der Landwirtschaft bis zum Jahre 1931 sich erheblich gebessert haben muß. Die Wirtschaftsausgaben sind seit 1924 bei den Kleinbetrieben um 9 Proz. gestiegen, bei den Großbetrieben um 4 Proz. gefallen. Dagegen sind die Wirtschaftseinnahmen bei den Kleinbetrieben um 19 Prozent, bei den Großbetrieben um 10 Proz. gestiegen. Das Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben hat sich also bedeutend verbessert. Die ständig sinkenden Reinerträge, von denen so viel geredet wird, entstehen nur dadurch, daß Abschreibungen und der Lohnanspruch des Pächters buchnäßig stark hervortreten.

Selbstverständlich hat sich seit 1931 durch das weitere Absinken der Preise die Lage der Landwirtschaft verschlechtert, wenn auch durch die Senkung der Zinsen und der Preise für land-

wirtschaftliche Produktionsmittel ein gewisser Ausgleich geschaffen ist.

Nur geht jedenfalls aus dieser Veröffentlichung des Deutschen Landwirtschaftsrats hervor, daß mit der Wiedergewinnung des Preisniveaus von 1931 die Lage der Landwirtschaft, als Ganzes genommen, durchaus zufriedenstellend wäre. Voraussetzung dafür ist die Stärkung der Kaufkraft der Verbraucher. Dagegen arbeitet aber gerade der Deutsche Landwirtschaftsrat mit seiner verrückten Kontingentspolitik und Zerstückelung unseres Industrieexportis am stärksten.

Der Landwirtschaft würde daher der beste Dienst erwiesen, wenn man sie von dieser kurzfristigen, nur auf Tageserfolg erpichtigen Verbotsdiktatur befreit und ihr seinen Einfluß auf die Gestaltung der Wirtschaftspolitik einräumt. Das kann selbstverständlich nur eine zielbewußte, sich auf die Mehrheit des schaffenden Volkes stützende Regierung, die nicht, wie Papen, von Interessentengruppen abhängig ist.

## Pfundkurs ohne Halt

### Die Bank von England in hilfloser Lage

Der Kurssturz des englischen Pfundes setzt sich in geradezu katastrophaler Weise fort. Am Montag wurde das englische Pfund in Berlin noch mit 14,15 Mark bezahlt, am Dienstag nur noch mit 13,90 Mark. In einer knappen Woche ist das Pfund um 4 Proz. gesunken. Der letzte Kurs ist der niedrigste dieses Jahres; er ist von dem tiefsten Punkte seit Aufgabe des Goldstandards, der im Dezember mit etwa 13,70 Mark erreicht war, nicht mehr weit entfernt.

Diese Entwicklung des Pfundkurses zeigt eines mit schlagender Deutlichkeit: die völlige Hilflosigkeit der Bank von England und der anderen offiziellen Stellen, die über die englische Währung zu wachen haben.

Das internationale Mißtrauen gegen das